

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 50 vom 12. Dezember 1980

14. Jahrgang

1 DM

Schüler, Berufsschüler und Studenten

Großdemonstrationen gegen das Sparprogramm der Regierung

In Hamburg, Bremen, Hessen und Bayern

Zahlreiche Aktionen in der letzten Woche richteten sich gegen das Sparprogramm der Bundesregierung, das mit erheblichen Kürzungen im Schul- und Hochschulbereich verbunden ist. In Hessen demonstrierten nahezu 30 000 Schüler (siehe Artikel auf Seite 2), in Hamburg und München rund 15 000 Studenten, in Bremen 2 000 Berufsschüler. Allen Kundgebungen gemeinsam war der Protest gegen die Kürzung der Bildungsausgaben zugunsten der weiteren Aufrüstung.

Diese Demonstrationen und Kundgebungen, zusammen mit den Großkundgebungen der Jugend in Stuttgart und Dortmund signalisierte einen neuen Aufbruch der jungen Menschen in unserem Land, die sich gegen die Politik der Bundes- und Landesregierungen zur Wehr setzen.

Das Besondere an diesen Aktionen war die Einheitlichkeit, mit der die Streichungen im Bildungsbereich als Beitrag zur weiteren Aufrüstung kritisiert wurden. Überall waren Losungen wie „Bildung statt Bomben“ und ähnliche vertreten. Gleichgültig ob es sich um Kürzungen von Lehrplanstellen an den hessischen Schulen handelte oder um verschiedenste Maßnahmen zur Erschwerung des Studiums wie in Hamburg oder München, oder ob sich die Aktion gegen die Mißstände in diesem Bereich insgesamt richteten wie in Bremen, die politische Richtung war die gleiche.

Hervorzuheben ist auch die breite Skala von Organisationen und Institutionen die diese

Aktionen organisierten und unterstützten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Allgemeinen Studentenausschüsse und die Landesschülervertretungen waren da jeweils vertreten. Aber auch die Jugendringe und, wie in Hamburg anlässlich der Universitätstage, die Leitung der Universität selbst.

Die Ursache für die Breite dieser Bewegung liegt darin, daß sehr deutlich wird, daß gerade die Jugendlichen von der gegenwärtigen Krise und den darauf folgenden Maßnahmen der herrschenden Klasse in besonderem Maße betroffen sind, daß ihnen zunehmend Perspektiven für ihr Leben genommen werden, daß bei Ausbildung und Arbeitsplätzen der Rotstift regiert während gleichzeitig die allseitige Militärpropaganda verstärkt wird.

Darauf wird nun reagiert. Und dies in breitem Ausmaß und über Grenzen politischer Meinungen hinweg. Es ist ein Kampf, der sich auch gegen die Militarisierung in diesem Land wendet. Es ist aber vor allem ein

Kampf um die schon so oft versprochene und noch nie verwirklichte Gleichheit der Bildungschancen, um eine qualifizierte Ausbildung.

Die KPD hat dazu in ihrem Aktionsprogramm klare Forderungen erhoben, für die unsere Partei und auch unser Jugendverband, die Rote Garde, eintreten. Eine qualifizierte Ausbildung für jeden, ohne Benachteiligungen (etwa gegen Mädchen oder ausländische Jugendliche) gehört ebenso dazu, wie die Chancengleichheit durch einen einheitlichen Schulabschluß in Ganztagschulen.

Aber es geht gerade dabei auch um mehr. Denn diese Jugendlichen, die sich so berechnete Sorgen um ihre eigene Zukunft machen, müssen davon überzeugt werden, daß sich dies grundsätzlich auch durch noch so viele Erfolge nicht ändern wird, solange nicht ein sozialistischer Staat ihnen eine Zukunft garantiert.



Gegen Lohnabbau

kämpfen die Beschäftigten bei den in unserem Land stationierten amerikanischen und britischen Streitkräften. Wie der RM schon berichtete, wollen die Besatzer Lohnkürzungen bis zu 12 Prozent vornehmen. Nach Angaben der ÖTV beteiligte sich die Hälfte der rund 4 000 Kraftfahrer bei den ausländischen Streitkräften an mehrstündigen Warnstreiks.

NATO-Wintertagung

BRÜSSEL.— Am 8. Dezember begann in Brüssel die jährliche Wintertagung der NATO. Im Vordergrund dieser Tagung steht — neben der Beschäftigung mit den Krisenherden Polen, Afghanistan und Iran/Irak — der wachsende Druck der amerikanischen Regierung auf die europäischen Länder. Sie sollen zu erheblichen weiteren Ausgaben zur Verstärkung des aggressiven NATO-Blocks gezwungen werden.

Fest steht bereits die Forderung, daß die europäischen Staaten und vor allem die Bundesrepublik die USA in Europa mehr entlasten sollen, um den amerikanischen Militärs ihre verstärkte Einmischung in anderen Teilen der Welt zu ermöglichen. Unter dem amerikanischen Druck hatte sich die Schmidt-Regierung bekanntlich bereits dazu bereit erklärt, ihren Militärhaushalt um real 3 Prozent aufzustocken.

Die Forderungen der USA gehen aber noch weiter. Zu ihnen gehören Anstrengungen zur Sicherung der Nachschubroute im Nordatlantik und die Bereitstellung von Transportraum, der Bau von Depots und die Vorbereitung von Flugplätzen für Verstärkungskräfte der US-Invasions-Armee.

Man kann davon ausgehen, daß sich die Bundesregierung weiterhin als willfähriger Partner der USA erweisen wird. Lauthals wurden schon im Vorfeld des Brüsseler Treffens alle Anschuldigungen der Opposition zurückgewiesen, die Regierung verzögere die zur Aufnahme der amerikanischen Marschflugkörper und neuer Pershing-

II-Raketen notwendigen Schritte. Diese seien „verzugslos erfolgt“, die Standorte der Atomwaffen sollten allerdings geheimgehalten werden.

Bereits am 14. November hatte sich die Nukleare Planungsgruppe der NATO vorbehaltlos hinter die Stationierung der Atomraketen in Europa gestellt und die „strategische Doktrin der Vereinigten Staaten“ als „Kernpunkt“ der Abschreckungspolitik „im Rahmen der Bündnis-Strategie“ bezeichnet. Erinnert sei auch an die Erklärung von Außenminister Genscher vor dem kürzlichen USA-Besuch, in der er das feste Bündnis mit den USA betonte und hervorhob, auf welcher „soliden Basis“ es beruhe: „... auf den gemeinsamen Wertvorstellungen von der Freiheit, von der Selbstbestimmung und von der Würde des Menschen. Daraus ergibt sich zugleich eine grundlegende Gemeinsamkeit der Interessen.“

Die „Wertvorstellungen von Freiheit“ eines Genscher, Schmidt und Reagan sind denen der werktätigen Menschen direkt entgegengesetzt. Sie lassen sich nur auf Grundlage unserer Unfreiheit durchsetzen!

Diese Woche

FDP-Parteitag

Beim Parteitag der FDP wurde der reaktionäre Kurs der Führung um Genscher und Lambsdorff bestätigt. Neben der alten Jugendorganisation der Partei, den Judos, tritt jetzt auch ein rechter Jugendverband auf. Seite 2.

Erdal Eren

Über 1000 Antifaschisten kamen am Wochenende zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem türkischen Jugendlichen Erdal Eren, gegen den die Junta in Ankara das Todesurteil verhängte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing übte scharfe Kritik an der Türkeihilfe der Bundesregierung. Seite 3.

Mitbestimmung

Auch wenn es die SPD nicht zugeben will: Die Koalitionsab-sprachen mit der FDP zum Thema Mitbestimmung laufen auf die endgültige Abschaffung der Montanmitbestimmung hinaus. Seite 4.

Hoffmann-Bande

In Westberlin wurde das Verbot der faschistischen Hoffmann-Bande bestätigt. Damit sind jedoch die Aktivitäten dieser braunen Terrorgruppe keineswegs beendet. Auch die Geldspenden an Hoffmann laufen weiter. Seite 7.

Prozeß gegen „Viererbände“

Chinas starker Mann Deng holt zum letzten Schlag aus. Mit dem Prozeß gegen die „Viererbände“ will er die konkurrierenden Gruppen im Kampf um die Macht in Peking ausschalten und dabei auch den noch amtierenden Parteichef Hua nachhaltig schwächen. Seite 11.

Aufruf

Heraus zur Demonstration gegen die faschistische türkische Junta!



Am 20. Dezember findet in Köln eine zentrale Demonstration zahlreicher Organisationen aus der Türkei gegen die faschistische Diktatur der Evren-Junta statt. Der „Rote Morgen“ ruft alle seine Leser auf, sich daran zu beteiligen!

Gipfeltreffen des Warschauer Pakts

Kania soll „Ruhe und Ordnung“ schaffen

Polnische Staatsgewerkschaft aufgelöst

Auch nach der überraschend einberufenen Blitzkonferenz des Warschauer Pakts in Moskau bleibt die Lage in Polen gespannt. Der Warschauer Parteichef Kania wurde von den Kreml-Herren und deren Vasallen darauf verpflichtet, so schnell wie möglich „Ruhe und Ordnung“ in Polen wieder herzustellen.

Die unmittelbare Gefahr eines sowjetischen Einmarsches in Polen scheint zwar gebannt. Dennoch ließen sowohl sowjetische wie auch polnische Funktionäre durchblicken, daß ein „Hilferuf“ an Moskau (wie 1968 in der Tschechoslowakei) unausbleiblich würde, wenn es Kania nicht gelänge, die Entwicklung in Polen in den Griff zu bekommen.

Wie die polnische Parteiführung den Auftrag erfüllen wird, den sie in Moskau bekommen hat, ist noch nicht abzusehen. Offenbar ist jedoch gegenwärtig keine Politik der harten Konfrontation mit dem Gewerkschaftsbund „Solidarität“ ge-

plant. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der alte Gewerkschaftsbund offiziell aufgelöst wurde und „Solidarität“ somit die einzige gewerkschaftliche Organisation des Landes ist. Aus den Äußerungen der polnischen Parteiführer nach der Moskauer Blitzkonferenz geht hervor, daß sie versuchen wollen, „Solidarität“ in ein Stillhalteabkommen einzubinden, um so die Serie von politischen und wirtschaftlichen Streiks zu beenden.

Ein solches Abkommen könnte die Situation in Polen zwar vorübergehend beruhigen, aber keines der drängenden Probleme der Werktätigen lösen.



Streik im Warschauer Stahlwerk Huta Warszawa.

Kommentar der Woche

Just passend zur vorweihnachtlichen Zeit hat der Bonner Wehrminister Hans Apel der westdeutschen Schuljugend ein lange angekündigtes Geschenk beschert: den Wehrkundeunterricht.

Natürlich: so heißt das nicht, so heißt das nur in der DDR, hier ist man vornehmer. Da soll, so Apel vor der Konferenz der Kultusminister, auch keineswegs Propaganda für die Bundeswehr gemacht werden. Bescheiden wie er nun einmal ist, sollen die Schüler lediglich über die Notwendigkeit dieser aggressiven Armee aufgeklärt werden.

Deshalb läuft dieses Projekt auch unter dem schönen Namen Friedenserziehung. Wer kann da schon was dagegen sagen? Hier sind doch alle für den Frieden. Oder wie?

Apels Bescherung

Die Vorbereitungen für diesen Tagesordnungspunkt der Kultusministerkonferenz liefen schon lange. Genau seit dem Zeitpunkt, da der sogenannte Untersuchungsausschuß, der aus Anlaß der Bremer Friedensdemonstration eingesetzt worden war, empfahl, das Bild der Bundeswehr bei der Jugend zu verbessern.

Und dies war dann auch Apels Begründung für sein Anliegen. Zunehmend, so sagte er, werde die Bundeswehr von der Jugend kritisch betrachtet und dies könnte sich dieser Staat nicht leisten. Also: keine Propaganda für die Bundeswehr — aber doch Propaganda gegen die Kritik an der Bundeswehr.

Man darf sich von der oft direkt erlogenen Presseberichterstattung nicht verwirren lassen: die Herren in Bonn und anderswo haben sehr deutlich gemerkt, wie schlecht sie mit ihren Militärspektakeln angekommen sind. Sie haben sehr wohl, und offensichtlich mit einigem Entsetzen registriert, wie breit der Unmut über diese Vorgänge ist, und wie tief diese Ablehnung geht.

Schon einmal, vor einigen Jahren, als die Kriegsdienstverweigerer aus dem Ghetto der Drückeberger, in das man sie stellen wollte, ausbrachen, gab es den Versuch, in mehreren Bundesländern den Wehrkundeunterricht einzuführen — das war noch bevor er in der DDR eingeführt wurde. Damals gab es eine sehr breite und sofortige Reaktion unter den Betroffenen, die zu Zehntausenden auf die Straße gingen und gegen die Kriegspropaganda demonstrierten. Damals hieß dieser Plan auch noch offiziell Wehrkundeunterricht. Er scheiterte an diesem Widerstand.

Jetzt rückt man, mit einem neuen, wohlklingenden Namen die Sache durchzubringen. Denn in der Phase der gesteigerten Aufrüstung, der Nachrüstung, der Spezialrüstung und all dieser anderen Decknamen für Kriegsvorbereitungen kann man keine Jugendlichen gebrauchen, die dieser Armee gegenüber kritisch eingestellt sind. Da braucht man Apels Orden statt einem „Staatsbürger in Uniform“ wie es früher einmal hieß, da braucht man den alten preußischen Kadavergehorsam und den muß man nun mal schon in der Schule anerkennen.

Und natürlich haben die Kultusminister dem Anliegen Apels mit großer Anteilnahme gelauscht und sofort entsprechende Richtlinien vorbereitet, einen Ausschuß gebildet, die Sache soll rasch ins Laufen kommen.

Wenn es also nach den Plänen der Bonner Parteien geht wird dieses schäbige Weihnachtsgeschenk recht bald ausgepackt werden müssen.



Nur: Schon einmal ist so ein Plan gescheitert. Und auch im zweiten Anlauf kann dieser Plan zu Fall gebracht werden, durch den Widerstand der Betroffenen. Ein Widerstand, der stärker sein muß, als beim letzten Mal, denn die Zeiten sind härter geworden und die Militaristen sind durchaus bereit, wie die Vorfälle um die Gelöbnisse gezeigt haben, einiges hinzuzufügen. Es wird vor allem eine Aufgabe der revolutionären und demokratischen Jugendorganisationen sein, hier den Kampf zu organisieren, damit Apel seine Bescherung hat.

Helmut Weiss

Gegen die Bildungspolitik der Landesregierung

30 000 hessische Schüler demonstrierten

In Bayern wehren sich die Studenten

WIESBADEN/MÜNCHEN.— Die überall in der Bundesrepublik jetzt verstärkt eingeschlagene Politik der Kürzungen und Streichungen ist in der letzten Woche auf den bisher massivsten Widerstand gestoßen: Fast 30 000 Menschen beteiligten sich an zwei Demonstrationen in Wiesbaden und Kassel. Zur selben Zeit organisierten Studenten in Bayern Kampfaktionen gegen das neue Semestergeld.

Der Anlaß für die Großdemonstrationen in Hessen war die bevorstehende Beratung des Landeshaushaltes für 1981. Dort ist vorgesehen, im Bildungsbereich insgesamt 75 Millionen Mark einzusparen. Fast 300 Lehrer sollen sofort gekündigt werden, bis 1985 sollen über 3000 Lehrplanstellen ge-

die Landesschülervertretung und die Studentenvertretungen zum Protest aufrufen. Die Studenten werden von diesen Maßnahmen nicht nur als mögliche zukünftige Lehrer betroffen, sondern auch an den Hochschulen sollen Stellen, vor allem für Hilfspersonal gekürzt werden. Und Bundesminister

statt Bomben“, „Lehrer statt Panzer“ und „Schulen statt Kasernen“ wurde auf der Massendemonstration der hessischen Schüler, die am Demonstrationstag die fünfte und sechste Unterrichtsstunde boykottiert hatten, deutlich gezeigt, daß von den Betroffenen sehr wohl gesehen wird, wofür hier Geld gespart wird.

Solche berechtigten Forderungen, die natürlich den Absichten der herrschenden Klasse dieses Landes zuwiderlaufen, führen die Teilnehmer dieser Aktionen in die Konfrontation mit der sozialliberalen Landes-

den; jetzt sei es Zeit, auch hier zu sparen.

Was dieses Argument wert ist, zeigen aber andere Forderungen, die auf diesen Demonstrationen vorgebracht wurden, und die älter sind als diese letzten zehn Jahre: die Forderung nach kleineren Klassen mit höchstens 25 Schülern und nach verstärkter Betreuung für ausländische Kinder. Für beides wären aber nicht weniger, sondern natürlich mehr Lehrer nötig.

So wird der Kampf gegen diese Streichpolitik ein politisches Kräftemessen werden, die der verstärkten Rüstungspolitik in Westdeutschland ein Hindernis in den Weg legen kann. Der reaktionäre Kurs in der Bildungspolitik ist umfassend und besteht nicht nur aus Etatkürzungen in den Bundesländern, obwohl dies die unmittelbarste Auswirkung mit sich bringt. Auch in der erneut verstärkten Propaganda für Eliteschulen, wie sie aus gewissen Kreisen seit einiger Zeit immer heftiger verlangt werden, sowie in verschiedensten Maßnahmen zur Wiedereinführung von Schulgeld findet dies seinen Niederschlag.

Deshalb gehören auch die Streikaktionen der bayerischen Studenten, auch wenn sie nicht so spektakulär waren wie die hessischen Schülerdemonstrationen mit in dieses Bild des erstarkenden Widerstands. Denn diese Aktionen galten dem sogenannten Semestergeld, mit dem nicht nur Gebühren erhoben werden, sondern das auch als Hebel zur Exmatrikulation, zum Studienausschluß benutzt werden kann.



Zirka 15 000 Schüler, Lehrer und Eltern demonstrierten in Wiesbaden bei dichtem Schneetreiben gegen die Rotstiftpolitik der hessischen Landesregierung.

kürzt werden. Elternvertreter vermuten einen geheimen Plan, dem in den nächsten zehn Jahren sogar 10 000 Lehrstellen zum Opfer fallen sollen.

Dagegen hatten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Landeselternbeirat,

Schmude drohte bereits mit einer allgemeinen Überprüfung der BAFöG-Förderungssätze, deren Gesamtsumme in den beiden nächsten Jahren auf 2,4 Milliarden Mark festgefroren bleiben soll.

Mit Losungen wie „Bildung

regierung, die bei der jetzigen bundesweiten Streichwelle im Bildungsbereich den Vorreiter macht. So betonten auch Sprecher der Landesregierung nach der Demonstration, in den letzten zehn Jahren sei dieser Bereich genügend bedacht wor-

Münchener Parteitag

FDP als Vorreiter des Regierungsprogramms

Eine Provokation für alle SPD-Anhänger

MÜNCHEN.— Auf ihrem zweitägigen Bundesparteitag versuchte die Führung der FDP um Genscher und Graf Lambsdorff alles, um ihre Partei als den Vorreiter des reaktionären Regierungsprogramms zu profilieren. Gegenüber dem wachsenden Unmut unter SPD-Anhängern und Mitgliedern über die Regierungserklärung, betonte Genscher, daran gäbe es keinen Buchstaben zu ändern.

Bereits im Vorfeld des Parteitages war der „Fall Ertl“ bereinigt worden, indem der Abgang dieses Ministers eingeleitet wurde durch seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur in den Parteivorstand. Die andere anstehende Streitfrage, das Verhältnis zu den radikaldemokratischen Strömungen in der Jugendorganisation Deutsche Jungdemokraten, die Drohung mit einem neuen Verband, wurde zunächst einmal vertagt auf den nächsten Parteitag. Mit der offiziellen Duldung des neuen Verbandes der Jungliberalen ist hier allerdings bereits der Weg der Zukunft vorbereitet.

Nachdem diese Punkte geklärt waren, blieben der Führungsmannschaft der FDP genügend Zeit und Raum in die gegenwärtigen intensiven Debatten um die Regierung einzugreifen. So betonte Genscher in seiner Grundsatzrede, die FDP sei der Motor dieser Koalition und an ihr werde sie nicht

scheitern. Was sich so, äußerlich, als ein Bekenntnis zum gerade erneuerten Bündnis mit der SPD betrachten läßt, war in Wirklichkeit nichts anderes als eine versteckte Drohung an den größeren Partner.

Denn natürlich ist auch der FDP-Führung die Unzufriedenheit der SPD mit der Regierungserklärung nicht verborgen geblieben. Dies geht heute so weit, daß selbst innerhalb der SPD schon solche Urteile gefällt werden, wie sie der „Rote Morgen“ nach Bekanntwerden der neuen Wirtschaftspolitik fällte: daß hier das Programm von Strauß verwirklicht würde.

Und gerade vor dem Hintergrund dieser bekannten, tiefgehenden Unzufriedenheit muß man diese Äußerungen Genschers beurteilen. Und dies genau im Zusammenhang mit der bereits angeführten Passage, als er betonte, es gäbe an der Regierungserklärung nichts zu ändern. Das heißt: Genscher

droht versteckt mit einer Koalitionsänderung für den Fall, daß die Tendenzen in der SPD stärker werden, die sich gegen diese neue Regierungserklärung wenden.

Und er rundete dies ab mit offener Kritik an den Gewerkschaften, denen er überzogene Reaktionen vorwarf. Damit nahm er Bezug auf einen der Hauptauseinandersetzungspunkte, die Montanmitbestimmung. Hier trat er ganz offen gegen jene SPD-Führer an, die versucht hatten, ihre Anhängerschaft mit dem Argument zu beruhigen, man werde ja in sechs Jahre weiter sehen können. Genscher hob eindeutig hervor, wie seine Partei diesen sogenannten Kompromiß versteht: In sechs Jahren soll die Montanmitbestimmung in der von der FDP gewünschten Art, in Richtung sogenannter individueller Mitbestimmung verändert werden.

Seiner Motorrolle wurde Genscher auch bei der Verteidigung jener Pläne gerecht, die in der Öffentlichkeit auf die schärfste Kritik gestoßen waren: die Umlage der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer sei nicht ungerecht, sondern nötig, meinte der FDP-Vorsitzende.

Eingepaßt in diesen großen Auftritt Genschers und die entsprechenden Ausführungen des Grafen aus dem Wirtschaftsministerium waren dann auch die Auftritte der sogenannten Linken in der Partei, allen voran Minister Baum. Dessen Hauptanliegen war es zu betonen, man werde sich keinesfalls auseinanderdividieren lassen, denn die Politik der FDP sei eine Einheit. Eine Überraschung oder gar Enttäuschung mag das nur für die wenigen gewesen sein, die sich von den FDP-Leuten um Baum wegen deren gemäßigte Auftreten in der Öffentlichkeit eine andere Politik versprochen hatten.

So war dieser Parteitag eine eindeutige Bestätigung der Rolle der FDP in diesem Land und in dieser Regierungskoalition.

Die FDP, das wurde unterstrichen, ist nicht nur das Feigenblatt für die rechten SPD-Führer, ihren immer offener reaktionären Kurs zu entschuldigen, sondern sie ist tatsächlich auch ein Motor dieser Politik, der zielbewußt darauf hinarbeitet, das Äußerste, was in diesem Bündnis an reaktionären Maßnahmen möglich ist, herauszuholen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Solidaritätsveranstaltung in Köln

Erdal Eren muß leben!

Am 6. Dezember fand in der Mülheimer Stadthalle in Köln eine Veranstaltung statt, auf der über tausend türkische und deutsche Antifaschisten ihren Protest gegen die Erneuerung des To-



Blick auf das Podium

Als ich in der Halle ankomme, ist sie bereits brechend voll. Die 1050 Plätze sind schnell besetzt, etwa 100 Menschen drängen sich an den Wänden oder stehen in der Vorhalle. Die Deutschen sind hier klar in der Minderzahl; diese Versammlung ist vor allem eine Manifestation unserer Kol-

legen und Genossen aus der Türkei, ihren Mitkämpfer den Klauen der faschistischen Junta zu entreißen und diese Junta selbst zu vernichten.

„Erdal Eren idam edilemez!“ Sprechchöre branden auf, als gegen 17 Uhr ein türkischer Kollege die Veranstaltung eröffnet: „Rettet das Leben von Erdal Eren!“

Auf dem Podium nehmen an zwei langen Tischen Vertreter des Erdal-Eren-Solidaritätskomitees Platz: aus der Bundesrepublik, aus Spanien, Dänemark, den Niederlanden. Darunter der Paderborner SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing, der zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs für Erdal Eren gehört. Später kommt noch ein Vertreter von amnesty international hinzu.

Sie alle stellen im Laufe des Abends dar, wie sie die Nachricht von der Bestätigung des Todesurteils aufgenommen haben und wie ihre Reaktion, ihre Mobilisierungsarbeit unter der Bevölkerung ihres Landes aus gesehen hat.

Als erster spricht Klaus Thüsing, der aus Termingründen nicht die ganze Veranstaltung mitmachen kann. Und man muß sagen: was man hier zu hören bekommt, erwartet man nicht von einem SPD-Mann. Es wird ihm keine Freunde in der Parteispitze machen. Um so mehr Beifall erhielt er allerdings an diesem Abend.

„Die Bestätigung des Todesurteils entlarvt die türkische Militärregierung als das, als was sie Demokraten von Anfang an bezeichnet haben: als Unterdrückungsmaschine (...). Ihre Taten entlarven die Worte der Militärs, sie wollen die Türkei zur Demokratie zurückführen, als Lüge! (...)

Die Medien bei uns versuchen, einen Unterschied zwischen der Junta in der Türkei und anderen Juntas, etwa der in Chile, zu konstruieren. Einen solchen Unterschied gibt es nicht! (...)

rische und politische Hilfe zuteil werden läßt (...). Die Türkei wurde erst damit begründet, daß sie zur Rettung der Demokratie in der Türkei dienen solle. Jetzt heißt es, sie diene zu ihrer Wiederherstellung. Wir können diesen Worten nicht mehr glauben! (...)

Wir fordern die Einstellung der Türkeihilfe! Wir protestieren gegen die zusätzlich geleisteten 600 Millionen Mark Militärhilfe!“

Thüsing unterstreicht, daß die Militärhilfe sofort einzustellen ist. Über Wirtschaftshilfe



Die Zeitung der türkischen Genossen wird aufmerksam gelesen.

könnte man nur dann reden, wenn sie nachweislich dem konkreten demokratischen Fortschritt diene. „Nur dann“, so Thüsing, „wenn es wieder freie Gewerkschaften gibt, wenn das Streikrecht für die Arbeiter wiederhergestellt ist.“

Weiter fordert Thüsing das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen in der BRD, des Türk-Vereins, der Idealisten-Vereine, der Grauen Wölfe. „Wir werden nicht ruhen, bis sie verboten sind!“. Er weist auch darauf hin, daß es, um der Agitation der faschistischen Banden den Boden zu entziehen, notwendig ist, die soziale Situation der Ausländer in unserem Land zu verbessern, ihre Wohnungs-, Ausbildungs-, Arbeitssituation.

Ebenfalls fordert er zum Kampf gegen die deutschen Faschisten auf, die ihre Stunde gekommen sehen, in unserem Volk Ausländerhaß zu schüren.

Diesen Worten Klaus Thüsings, der sich mit erhobener Faust von der Versammlung verabschiedete, kann man nur zustimmen. An der offiziellen Politik der SPD und der von ihr geführten Bundesregierung hat er kein gutes Haar gelassen. Das Solidaritätskomitee, die türkischen Kollegen und Genossen und selbstverständlich auch unsere Partei werden alles tun, um die gerechten Forderungen in die Tat umzusetzen und sie zu

desurteils gegen Erdal Eren zum Ausdruck bringen und ihre Forderung bekräftigten, daß die Vollstreckung verhindert werden muß. — Der „Rote Morgen“ war dabei.

verwirklichen!

Ein türkischer Kollege leitet die folgenden Stellungnahmen mit einer Würdigung der internationalen Aktivitäten zur Rettung Erdal Erens ein. „Wir wissen heute nicht, ob Erdal Eren noch lebt“, sagt er unter anderem. Durch die allgemeine Zensur der Presse ist nur wenig zu erfahren. Aber: „Es kann uns gelingen, durch unseren weiteren Kampf das Leben dieses jungen Antifaschisten zu retten. Denn diese internationale Solidarität fürchtet die Junta! (...) Sollte sie ihn dennoch hinrichten, so würde auch das ihre Angst zeigen, ihre Angst vor den unzähligen Erdal Erens in der Türkei. Und wir sind sicher: Er würde auch im Angesicht des Galgens zu seinem Kampf stehen und ihnen die Worte entgegenschleudern: Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!“

Bevor nun die anderen Berichte kommen, spielt ein türkischer Künstler, Mehmet Erdogmus, revolutionäre Lieder. Begeistert gehen die türkischen Freunde mit.

Danach spricht als erster Carsten Liedtke vom BRD-Vor-

acht Menschen wurden in den letzten zwei Monaten zu Tode gefoltert.

„Wir haben Tausende von Unterschriften gesammelt und an die türkische Regierung weitergeleitet!“ berichtet ein Vertreter des spanischen Komitees. **Besonderer Beifall kommt auf, als er das Protesttelegramm politischer Gefangener aus dem spanischen Gefängnis von Segovia verliest.** „Als politische Gefangene, Mitglieder der PCE/ML (unsere spanische Bruderpartei — Red.) protestieren wir gegen dieses kapitale Vergehen gegen die Menschenrechte!“ „España, mañana, sera republicana!“ — die Versammelten solidarisieren sich mit dem Kampf des spanischen Volkes. „Freiheit für alle politischen Gefangenen!“

„Der Fall Erdal Eren ist auch in Holland ein Symbol der Unterdrückung, aber auch des antifaschistischen Kampfes in der Türkei und überall auf der Welt!“ hebt die holländische Sprecherin hervor. Und der dänische Kollege erklärt: „Erdal Eren ist ein lebendes Symbol der Zukunft der Türkei, ihres Kampfes für ein besseres und glücklicheres Leben!“

Mit Beifall und kämpferischen Parolen nehmen die im Saal Versammelten die Schilderungen und Solidaritätsbekundungen auf. Auch eine Grußadresse unserer Partei wird noch auf türkisch verlesen.

Nach einem Diavortrag, der das Leben in der Türkei beschreibt, der die unmenschliche Unterdrückung dokumentiert, vor allem aber den unbändigen Siegeswillen des Volkes, der auch aus Erdal Erens Worten vor dem Tribunal spricht, und weiteren Grußadressen beschließen die Teilnehmer die Veranstaltung mit einer Resolution. Sie ist gerichtet an den Nationalen Sicherheitsrat der Türkei und die Bundesregierung. „Wir fordern die Annullierung des Urteils gegen Erdal Eren! Kein einziges Todesurteil darf vollstreckt werden!“ Die Bundesregierung wird aufgefordert, all ihren Einfluß geltend zu machen, um den von der Junta legalisierten Mord zu verhindern.

Die Veranstaltung war Ansporn für alle, den Kampf mit verstärktem Mut weiterzuführen. Erdal Eren muß leben! Nieder mit der faschistischen Junta! Schluß mit ihrer Unterstützung durch die Bundesregierung!



Der Saal war voll!



Deutschlandtournee des Nationalen Palästinensischen Folkloreensembles

Am 3. Dezember begann das Nationale Palästinensische Folkloreensemble eine Tournee durch die Bundesrepublik. Seinen ersten Auftritt hatte auf einem Empfang, der in Bonn von der arabischen Liga und der PLO anlässlich des internationalen Tages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk gegeben wurde.

Die Darbietungen des Folkloreensembles sind ein Zeichen dafür, daß das palästinensische Volk auch trotz der massiven Vertreibung aus seiner Heimat durch die Zionisten seine kulturellen Traditionen bewahrt hat. Es werden aber nicht nur Volkstänze aus den verschiedenen Regionen Palästinas gezeigt. In vielen Liedern und einem Tanz mit dem Titel „Der Schwur“ wird auch die aktuelle Situation des palästinensischen Volkes besprochen und der feste Wille zum revolutionären Kampf bis zum Sieg zum Ausdruck ge-

bracht.

Nachstehend ein Überblick über die weiteren Stationen der Deutschlandtournee. Beginn der Veranstaltungen ist jeweils 19.00 Uhr.

6.12. Aachen, Audimax der Universität,
7.12. Frankfurt, Festsaal der Universität,
9.12. Erkelenz, Stadthalle,
13.12. München, Holiday-Inn-Hotel,
15.12. Bremen, Bürgerhaus (G. Heinemann-Haus),
18.12. Heidelberg, Stadthalle.

Solidaritätsaktionen für Kim Dae Jung

In vielen Ländern der Welt — unter anderem auch in der Bundesrepublik — wurden in den letzten Tagen Solidaritätsaktionen für den vom faschistischen Regime Südkoreas zum Tode verurteilten sozialdemokratischen Politiker Kim Dae Jung durchgeführt.

Besonders eindrucksvoll sind die Aktionen in Japan, dessen herrschende Klasse traditionell enge Beziehungen zur faschistischen Diktatur in Südkorea unterhält. Nahezu täglich gehen die Werktätigen in den großen japanischen Städten für Kim auf die Straße. Die Hafenarbeiter boykottieren die Schiffe aus Südkorea; die Lokführer lassen als Zeichen der Solidarität mit Kim beim Verlassen der Bahnhöfe eine Minute lang die Signallampe heulen.

Das Regime des früheren Geheimdienstchefs Chun, der sich im vergangenen Dezember an die Macht gepusht hat, scheint fest entschlossen, das Todesurteil gegen den Oppositionsführer Kim zu vollstrecken. Das Regime in Südkorea macht keinen Hehl daraus, daß es sich in dieser Haltung durch die Wahl Reagans zum Präsidenten

bestärkt fühlt.

Die Bundesregierung hat in der letzten Zeit wiederholt gegen das Todesurteil protestiert. Gleichzeitig aber erklärte der Bonner Botschafter in Seoul, Wolfgang Eger, unverhohlen seine Sympathie für die faschistische Diktatur. Eger ging sogar so weit, den Terrorprozeß gegen Kim als „korrekt“ zu bezeichnen. Solange ein Faschistenfreund wie Eger die Bundesregierung in Seoul vertritt, sind die Bonner Proteste mehr als fadenscheinig. Und das gilt auch für die Tatsache, daß die Bundesregierung bislang nicht den geringsten Versuch unternommen hat, das faschistische Regime wirtschaftlich oder politisch unter Druck zu setzen. **Solche Maßnahmen aber sind dringend nötig, um Kim Dae Jung noch in letzter Minute aus den Klauen der Henker von Seoul zu retten!**

Koalitionsabsprache zur Montanmitbestimmung

Statt Bestandssicherung das Todesurteil

DGB und IGM begnügen sich mit Protesterklärungen

BONN/DÜSSELDORF. — Auch in Sachen Montanmitbestimmung kommt nach den Wahlen nun das Zahlen. Vor der Wahl beteuerte die SPD-Führung noch hoch und heilig, sich für die gesetzliche Bestandssicherung der Montanmitbestimmung stark zu machen. Jetzt handelt sie genau umgekehrt. Der Kompromiß, den die Schmidt, Brandt, Wehner und Konsorten in den Koalitionsverhandlungen akzeptiert haben, bedeutet faktisch das Todesurteil für die Montanmitbestimmung.

Schon Ende Januar 1981 will das Kabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschieden. Er soll als entscheidenden Punkt folgendes vorsehen: Solche Unternehmen der Montanindustrie, deren Montananteil (Kohle und Stahl) sechs Jahre lang ununterbrochen weniger als die Hälfte ihres Gesamtumsatzes erreicht, fallen nicht mehr unter das Montanmitbestimmungsgesetz aus dem Jahre 1951, sondern unter das Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahr 1976, das auch für andere Großunternehmen gilt.

Von letzterem sagt sogar die DGB-Führung, daß es seinen Namen nicht verdient, denn es sichert nicht einmal formal eine paritätische Mitbestimmung der sogenannten Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.

Schon heute liegt in sämtlichen bundesdeutschen Stahlkonzernen außer bei der Klöckner Werke AG der Umsatz des stahlerzeugenden Bereichs unter 50 Prozent des Gesamtumsatzes. Das heißt, daß es für die Stahlbarone keine Schwierigkeit ist, durch entsprechende Änderungen der Konzernstrukturen zu erreichen, daß ihre Konzerne in sechs Jahren nicht mehr der Montanmitbestimmung unterliegen.

Die Führungen des DGB und der IG Metall haben bis jetzt auf das in Bonn eingeleitete gesetzliche Todesurteil für die Montanmitbestimmung lediglich mit Protesterklärungen reagiert. Auch als am Freitag letzter Woche in Düsseldorf der Aufsichtsrat der Mannesmann AG tagte, um über jenen Antrag des Konzernvorstands zur Umstrukturierung des Unternehmens zu entscheiden, der die Eingliederung der Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke AG beinhaltet und damit das Herausfallen des Konzerns aus der Montanmitbestimmung

nah der Sechsjahresfrist, organisierte die IG Metall keinerlei Aktionen.

Der Antrag des Konzernvorstandes kam dann auch tatsächlich durch. Der sogenannte „neutrale“ Mann im Aufsichtsrat, der bei Pattabstimmungen zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbank den Ausschlag gibt, stimmte für den Antrag des Vorstands. Dieser „Neutrale“ im Mannesmann-Aufsichtsrat ist Johannes Völling, Vorsitzender der Westdeutschen Landesbank und SPD-Mitglied.

Vor der Wahl hatten sowohl die SPD-Führer als auch die DGB- und IG-Metall-Bonzen erklärt, die Montanmitbestimmung sei ein „Eckpfeiler der Demokratie“, ihr Abbau ein Angriff auf die „Grundlagen dieser zweiten deutschen Republik“. Wäre dem tatsächlich so, dann könnte man jetzt sagen: Die SPD-Führung hat für ein koalitionspolitisches Linsengericht diesen „Eckpfeiler der Demokratie“ verschachert.

Daß die Montanmitbestimmung jedoch diese ihr nachgesagte Bedeutung keineswegs hat, daß sie keine wirkliche Demokratisierung darstellt und nicht einmal die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Montanindustrie verbessert, haben Stahlwerker und Bergarbeiter immer wieder erfahren müssen. Wenn allerdings die Konzernherren mit Unterstützung der Regierungen nun an die Zerschlagung der Montanmitbestimmung gehen, so zielt das auf verschärfte und unverhülltere Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung. Es zielt darauf, die Lasten einer verschärften Wirtschaftskrise hemmungsloser denn je auf die Belegschaften abzuwälzen.

Die DGB-Bonzen haben in der Vergangenheit ziemlich radikale Töne gespuckt und Aktionen angekündigt. Jetzt

aber belassen sie es wieder einmal bei papiernen Protesten. IGM-Vorstandsmitglied Judith erklärte zwar noch nach dem Bekanntwerden des Koalitionskompromisses: „Nach der Regierungserklärung nehmen wir den Kampf in vollem Umfang wieder auf“. Davon ist jetzt allerdings nichts zu sehen. Die kämpferischen Gewerkschafter in der IG Metall, besonders natürlich die Kollegen in der Stahlindustrie, müssen Judith beim Wort nehmen!

Kampfbereitschaft der Textilarbeiter mißbraucht

Vor den Karren der Unternehmerinteressen gespannt

GTB-Bonzen organisierten Warnstreiks für Welttextilabkommen

Am Dienstag vergangener Woche organisierten die Bonzen der reformistischen Gewerkschaften einen Warnstreik der Arbeiter in der Textil- und Bekleidungsindustrie ganz Westeuropas. Aber es ging nicht etwa um

Seit wann stehen denn die Unternehmer einem Streik ihrer Arbeiter mit Wohlwollen gegenüber? Bei diesem „Warnstreik“ in der westeuropäischen Textil- und Bekleidungsindustrie war genau dies der Fall. Des Rätsels Lösung: Der Streik richtete sich nicht etwa gegen die Unternehmer, sondern gegen die Haltung der EG-Kommission in Brüssel, mit der die Textil- und Bekleidungskapitalisten unzufrieden sind.

Die Forderung bei diesem Warnstreik, der vor allem von Berthold Keller, dem Vorsitzenden der bundesdeutschen Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB), initiiert worden war: Das 1981 auslaufende Welttextilabkommen (WTA) soll verlängert werden; die EG-Kommission in Brüssel soll sich hierfür nachdrücklich einsetzen

und dabei dafür sorgen, daß die Profitinteressen der westeuropäischen Textil- und Bekleidungskonzerne, vor allem der bundesdeutschen, gegenüber der Konkurrenz außerhalb der EG, vor allem den in sogenannten Billiglohnländern etablierten Konzernen, nicht zu kurz kommen.

Das WTA dient nämlich vor allem diesem Zweck. Es ist vor allem gegen Konkurrenten gerichtet, die in Ländern wie Südkorea oder in Gebieten wie Taiwan und Hongkong produzieren. Durch entsprechende Ausfuhr- bzw. Importregelungen und Beschränkungen möchte man die eigenen Märkte abschotten, um die eigene Vormachtstellung auf dem Weltmarkt zu sichern, den eigenen Export auszuweiten und nicht zuletzt die Marktpreise für Textilien hochzuhalten.

Den Arbeiterinnen und Arbeitern hier in Westeuropa reden die Bosse und Bonzen in der Textilindustrie demagogisch ein, ihre Arbeitsplätze seien durch die „Importflut“ aus den Entwicklungsländern bedroht. Und um ihrem schmutzigen Konkurrenzkampf, ihrer Profitgier auch noch ein soziales Mäntelchen umzuhängen, erzählt man den Kolleginnen und Kollegen, es ginge dabei zugleich darum, den Arbeitern in den Billiglohnländern bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zu verschaffen. Dadurch würden die „ungerechten Konkurrenzvorteile“ der dortigen Unternehmer beseitigt.

Das ist niederträchtigste Heuchelei und schamloser Betrug! Gerade die westeuropäischen Textilkonzerne haben in den vergangenen Jahren massiv Kapitalexporth in diese Länder betrieben, haben Produktionen dorthin verlagert und dafür hier Arbeitsplätze vernichtet, um an den niedrigen Löhnen und an den unmenschlichen Arbeitsbedingungen dort zu profitieren. Sie unterdrücken dort genauso brutal jede gewerkschaftliche

die 35-Stunden-Woche oder um eine andere Arbeiterforderung, sondern um die Interessen der EG-Textilkonzerne.

Betätigung, sie beuten die Beschäftigten dort genauso hemmungslos und unmenschlich aus, wie ihre Konkurrenten, d.h. die anderen Multis z.B. die US-amerikanischen bzw. die einheimischen Kapitalisten.

Die Bundesrepublik ist heute der größte Textilexporteur der Welt. Zugleich ist sie auch der größte Importeur auf diesem Markt, wobei auch hinter den „importierten“ Textil- und Bekleidungsartikeln vor allem wieder die multinationalen westdeutschen Textilkapitalisten stecken.

Diese vorherrschende Position auf dem Weltmarkt haben die bundesdeutschen Textilkapitalisten unter anderem dadurch erreicht, daß sie in den letzten zehn bis zwanzig Jahren die Ausbeutung ihrer Beschäftigten im eigenen Land brutal verschärft haben: In den letzten zwölf Jahren haben sie in der Bundesrepublik und Westberlin von knapp 900 000 Textil- und Bekleidungsarbeitsplätzen 320 000 vernichtet. Die sogenannte Produktivität haben sie allein in den vergangenen neun Jahren um 70 Prozent gesteigert!

Durch Arbeitshetze, einen ungeheuren Arbeitsplatz-Vernichtungsfeldzug und durch die Durchsetzung der gesundheitszerstörenden Nacht- und Wechselschicht sowie durch unterdurchschnittliche Löhne haben sie ihre Konkurrenzvorteile auf dem Rücken der Beschäftigten durchgesetzt. Und jetzt soll es ausgerechnet im Interesse der Beschäftigten sein, wenn sie um die Festigung und den weiteren Ausbau ihrer Positionen auf dem Weltmarkt kämpfen?

Es zeigt nur die unbeschreibliche Niedertracht und Verkommenheit solcher Arbeiterverräter wie eines Berthold Keller, wenn dieser Bonze den Gewerkschaftsmitgliedern weismachen will, sie müßten sich vor den Profitkarren ihrer eigenen Ausbeuter spannen lassen.

Es ginge hier zu weit, darauf einzugehen, warum die EG-

Kommission ihre Politik nicht zur vollen Zufriedenheit der bundesdeutschen und westeuropäischen Textilkapitalisten erfüllt. Der Hauptgrund liegt darin, daß sie in erster Linie die Interessen mächtiger Teile des Monopolkapitals wahrnimmt: der Stahlbarone, der Elektrokonzerne und der Automobilgiganten. Auf jeden Fall aber bedeutet jedes Engagement von gewerkschaftlicher Seite für die Konkurrenz- und Profitinteressen der „eigenen“ Unternehmer stets, daß ein Teil der Arbeiterklasse gegen andere Teile ausgespielt, daß Uneinigkeit und Spaltung in der Arbeiterschaft gezeugt wird. Das gilt sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen!

Ginge es den Gewerkschaftsbözen tatsächlich um die Interessen der Arbeiter, warum haben dann Keller und Konsorten bisher jeden Kampf gegen den brutalen Rationalisierungsfeldzug der Textilbosse abgewiegt? Warum lassen sie die westeuropäischen Arbeiter nur dann eine international koordinierte Aktion durchführen, wenn es um eine Unternehmerforderung gegenüber Brüssel geht, anstatt solche Aktionen für die Arbeiterforderungen zu organisieren?

Um Arbeitsplätze zu verteidigen, um eine starke Kampffront der Arbeiterklasse in der EG gegen die EG-Monopole zu schmieden, um wirkliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen, wäre zum Beispiel der Kampf für die 35-Stunden-Woche erstens im eigenen Land und darüber hinaus gleichzeitig auch gemeinsam mit den anderen Kollegen in der EG dringend notwendig. Das gilt sowohl für die GTB als auch alle anderen Gewerkschaften.

Aber den Keller, Loderer, Hauenschild und Konsorten geht es gerade darum, eine gemeinsame Kampffront der westeuropäischen Arbeiter um jeden Preis zu verhindern. Sie sind Spalter, weil sie Komplizen und Lakaien der Monopolkapitalisten sind.



Zehntausende Stahlarbeiter protestierten im Juli dieses Jahres gegen den Angriff der Stahlbarone auf die Montanmitbestimmung.

IG Chemie: neuer Schlag gegen Opposition

Kompetenzen von Werner Vitt beschnitten

HANNOVER. — IG-Chemie-Chef Hauenschild reagiert auf den gescheiterten Versuch oppositioneller Funktionäre, gegen seinen reaktionären Sozialpartnerschaftskurs anzugehen, mit rücksichtsloser Machtpolitik! So wurden jetzt die Kompetenzen des stellvertretenden Vorsitzenden Werner Vitt eingeschränkt.

Der Gewerkschaftstag hatte zwar in bestimmten Punkten Entscheidungen gefällt, die die Kritik der oppositionellen Kräfte bestätigen. Zum Beispiel wurde eine von Hauenschild initiierte reaktionäre Satzungsänderung rückgängig gemacht. Aber dennoch gelang es der Hauenschild-Mafia, den linken Flügel personalpolitisch auf der ganzen Linie zu schlagen. Paul Plumeyer, der Exponent der oppositionellen Funktionäre im Hauptvorstand, wurde auf Betreiben Hauenschilds nicht wiedergewählt. Auch die anderen Kandidaten der oppositionellen Fraktion, die auf dem Gewerkschaftstag für den Hauptvorstand kandidierten, wurden nicht gewählt.

Nun — da der IG-Chemie-Kongreß kaum beendet ist —

holt Hauenschild zum Rundschlag gegen den linken Flügel aus, um seine Macht zu sichern: dem stellvertretenden Vorsitzenden Werner Vitt, der versucht hatte, zwischen den Rechten und der oppositionellen Fraktion zu vermitteln und der unter den jetzigen Mitgliedern des Hauptvorstandes als „Linker“ gilt, wurde wichtiger Kompetenzen beraubt.

Durch eine neue Geschäftsverteilung, die der achtköpfige geschäftsführende Hauptvorstand beschloß, verlor Vitt verschiedene seiner bisherigen Zuständigkeiten. So das Ressort Tarifrecht und das Justitiariat. Beide Zuständigkeitsbereiche hat Hauenschild auf sich selbst übertragen. Am einschneidendsten ist jedoch folgende Maßnahme: Vitt wurde das Recht

entzogen, Hauenschild im DGB-Bundesvorstand zu vertreten.

Damit wird Vitt praktisch als stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie „abgebaut“. Bisher galt Vitt auch als möglicher Nachfolger Hauenschilds, der in spätestens vier Jahren in den Ruhestand treten will. Von dieser Anwartschaft Vitts kann jetzt keine Rede mehr sein.

Auf dem IG-Chemie-Kongreß hatte Hauenschild in bezug auf die oppositionellen Funktionäre erklärt, man müsse jetzt wieder aufeinander zugehen, er selbst sei bereit, alle Finger auszustrecken. Wie verlogen und heuchlerisch diese Worte des eiskalten Taktikers und skrupellosen Machtpolitikers waren, zeigt sich jetzt. Es zeigt sich auch erneut, daß der oppositionelle Kampf zum Scheitern verurteilt ist, solange er nicht kompromißlos gegen die verräterischen Bonzen und ihren Kurs gerichtet wird und sich dabei auf die Masse der einfachen Gewerkschaftsmitglieder stützt.

Lohnrunde '81

Nicht 3 oder 5 Prozent sondern echte Lohnerhöhung!

Klassenkämpferische Lohnpolitik tut not

BONN. — Die Unternehmerverbände schreien, drei Prozent sei das Maximum, was an Lohnerhöhungen tragbar sei. Die Regierung und ihre Wirtschaftsprofessoren sind etwas großzügiger: Fünf Prozent wollen sie uns zur Not noch zubilligen. Aber Reallohnsenkung wäre beides. Die Gewerkschaften müssen sich dagegen eine echte Lohnerhöhung zum Ziel setzen.

Die Unternehmer wollen uns einschüchtern, indem sie drohen: Durch hohe Lohnforderungen würde die Wirtschaft ruiniert, ein Lohnverzicht hingegen könne die Krise überwinden und die Arbeitsplätze sichern helfen.

Dieses Lügenmärchen aber steht in krassem Gegensatz zur Realität: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit offenbaren doch gerade auch die wachsende Kluft zwischen zunehmender Kaufkraftschwäche der werktätigen Massen einerseits und den wachsenden Bergen an nicht absetzbaren Waren auf der anderen Seite.

Ob in der Automobilindustrie, in der Stahlindustrie oder wo auch immer: Durch Kurzarbeit, Entlassungen und Stilllegungen reagieren die Kapitalisten nicht auf „überhöhte“ Löhne, sondern auf Absatzstokungen, auf unabsetzbare Warenberge, die typischen Erscheinungen einer Überproduktionskrise.

Natürlich könnte man die Fabriken sehr wohl auslasten, könnte jedem Arbeitslosen Arbeit geben, wenn man all das auch produzieren würde, was gebraucht wird, um die Bedürfnisse der Millionenmasse der werktätigen Menschen wirklich zu befriedigen. Welche Mengen an Baustahl müßten beispielsweise produziert werden, wenn man jeder Arbeiterfamilie eine menschenwürdige Wohnung schaffen wollte! Aber im Kapi-

talismus wird eben nicht für die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen produziert. Da zählt nur der Profit einer Handvoll Ausbeuter!

Es liegt auf der Hand, daß

die Überproduktionskrise unter anderem durch die (im Verhältnis zu den Produktionskapazitäten) viel zu geringe Kaufkraft der arbeitenden Massen hervorgerufen wird. Wenn die Unter-

Die „Lohnformel“ der IGM durchsetzen!

Die IGM-Mitgliederzeitung „metall“ hat mehrfach folgende „Lohnformel“ der Metaller aufgestellt: **Voller Ausgleich für die Preissteigerungen plus vollem Anteil am Produktivitätszuwachs plus Umverteilung des Brutto-sozialprodukts zugunsten der Lohnabhängigen.**

Loderer, der IGM-Vorsitzende, hat immerhin kürzlich betont, daß „die Verbesserung der Realeinkommen das erklärte Ziel der kommenden Tariffbewegung“ für die IG Metall sei. Eine Verschlechterung der Realeinkommen könne die IGM „unter keinen Umständen“ hinnehmen.

Ein Mann, ein Wort! Aber bitte keine faulen Tricks! Jeder weiß, daß die 5 Prozent, die uns die Bonner Regierung als Maximum zubilligen will, noch nicht einmal eine Erhaltung der Realeinkommen bedeuten würden. Denn die Preiserhöhungen, die den Lohn in einem Arbeiterhaushalt zusammenschmelzen lassen, etwa für Benzin, Heizung, Nahverkehrsmittel, plus der durch die angekündigte Erhöhung der Verbrauchersteuern (Tabak und Branntwein) noch zu erwartende neue Preiswelle, liegen weit höher, als der amtliche Preisindex uns glauben machen will.

Um die Lohnformel der „metall“ überhaupt Eingang in die Forderung der IGM finden zu lassen, dürften eigentlich 15 Prozent bzw. eine dementsprechende Forderung in Festgeld nicht unterschritten werden. **Loderers Wort ernst zu nehmen, eine Senkung der Realeinkommen um keinen Preis zuzulassen, heißt: um keinen Preis Lohnabschlüsse unter 10 Prozent zuzulassen.**

Personalratswahl im Krankenhaus Neukölln

Erfolg für klassenkämpferische Kollegen

Fortschrittliche Mehrheit im Angestelltenbereich

WESTBERLIN. — Im Westberliner Krankenhaus Neukölln wurde am 4. und 5. Dezember der Personalrat neu gewählt. Die klassenkämpferischen und fortschrittlichen Gewerkschafter konnten dabei einen sehr guten Erfolg verbuchen. Im Angestelltenbereich, der in Krankenhäusern ausschlaggebend ist, stellen sie eine klare Mehrheit im neuen Personalrat.

Das Krankenhaus Neukölln mit über 2000 Betten und mehr als 3000 Beschäftigten hat in den vergangenen Jahren schon mehrfach durch hervorragende gewerkschaftliche Aktivitäten aus den Reihen des Personals von sich reden gemacht. Im Frühjahr 1979 konnten die Kollegen durch einen erfolgreichen Kampf einen Plan des Senats vorläufig zu Fall bringen, der die Streichung von 300 chirurgischen und internistischen Betten vorsah. Im Juni 1979 führten die Schwestern und Pfleger der gesamten chirurgischen Abteilung und in vielen anderen Stationen einen erfolgreichen Spitzstreik durch, der 13 Tage dauerte. Sie wehrten sich dagegen, daß sie Spritzen geben mußten, die eigentlich nur Ärzte geben dürfen, jedoch nicht entsprechend wie Ärzte für eventuelle Schadensfälle versichert sind.

Diese Aktionen wurden maßgeblich von der RGO-Gruppe, der ÖTV-Betriebsgruppe und von Teilen des Personalrates unterstützt. Und diese Kräfte spielten auch eine wichtige Rolle bei der Initi-

rung einer Demonstration in Westberlin gegen Personalmangel und Bettenabbau, an der ungefähr 2000 Beschäftigte des Westberliner Gesundheitswesens teilnahmen.

Nach dem Ergebnis der jetzigen Personalratswahl kann man mit gutem Grund darauf hoffen, daß im Krankenhaus Neukölln auch weiterhin ein aktiver Kampf gegen die reaktionären „Spar“maßnahmen und die menschenverachtende Rationalisierung im Gesundheitswesen geführt wird.

Im Angestelltenbereich hatte die DAG gegen den Vorschlag des bisherigen Personalrates und gegen den Willen der meisten Kollegen eine Persönlichkeitswahl verhindert, indem sie eine eigene Liste aufstellte. Insgesamt standen dann fünf Listen zur Wahl. Die Liste „Mehr Personal“, die von der RGO unterstützt wurde, sowie die ÖTV-Liste repräsentierten die fortschrittlichen gewerkschaftlichen Kräfte. Außerdem kandidierte eine sogenannte „unabhängige“ Liste, eine Liste der DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) und eine Liste des Marburger Bundes (Stan-

desorganisation angestellter Krankenhausärzte). Diese drei letztgenannten Listen stehen für reaktionäre bzw. auf Standesinteressen orientierte Gruppierungen.

An der Wahl beteiligten sich etwa 40 bis 50 Prozent der Belegschaft. Die Stimmen- und Sitzverteilung sieht folgendermaßen aus:

ÖTV-Liste: 270 Stimmen: 4 Sitze

Liste „Mehr Personal“: 204 Stimmen: 3 Sitze

Sogenannte „Unabhängige“

Liste: 165 Stimmen: 3 Sitze

DAG-Liste: 95 Stimmen: 1 Sitz

Marburger Bund: 26 Stimmen: kein Sitz

Die Angestellten stellen von insgesamt 17 Sitzen im Personalrat 11 Sitze. Der Personalrat ist in eine Angestellten-, eine Beamten- und eine Arbeitergruppe aufgeteilt. Die den jeweiligen Bereich betreffenden Probleme können durch getrennte Abstimmungen entschieden werden. Da auch auf der ÖTV-Liste oppositionelle und fortschrittliche Gewerkschafter kandidierten, sind die fortschrittlichen und klassenkämpferischen Kol-

lehner jetzt die Reallöhne und -gehälter noch mehr herunderdrücken wollen, so kann dies natürlich nie und nimmer zu einem langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung und zur Sicherung der Arbeitsplätze führen, sondern es fördert im Gegenteil noch eher eine Verschärfung der Krise.

Wirtschaftliche Vernunft und Kapitalismus — das läßt sich eben nicht auf einen Nenner bringen. Das schließt sich gegenseitig aus. Deshalb darf die Arbeiterklasse sich auch nicht durch derartige Parolen oder Theorien von ihren Lohnforderungen abhalten lassen.

Ob die Gewerkschaften nun hohe oder niedrige Lohnforderungen erzielen — an der Krise und an der Arbeitslosigkeit ändert sich weder durch das eine noch durch das andere etwas. Bei niedrigen Lohnforderungen aber passiert eines mit absoluter Sicherheit: Die Lebenslage der Arbeiter verschlechtert sich noch mehr.

Natürlich müssen die Gewerkschaften für die Verringerung der Arbeitslosigkeit und für die Sicherung von Arbeitsplätzen kämpfen. Aber nicht durch freiwilligen Verzicht auf echte Lohnerhöhung, sondern zum Beispiel durch konsequente Kampfmaßnahmen gegen Stilllegungen und Massenentlassungen!

Jetzt in der Lohnrunde ist eine offensive Strategie der Gewerkschaften notwendig, die den massiven Versuch des Kapitals durchkreuzt, die effektiven Einkommen der Arbeiter und unteren Angestellten zu senken. Das ist nur durch eine klassenkämpferische Orientierung des Lohnkampfes möglich. Die Parole muß heißen: Alle Kraft der Gewerkschaften mobilisieren, um dem Kapital eine echte Lohnerhöhung abzutrotzen.

Forderungen aus den Betrieben

Die IGM-Vertrauensleute der Firma Voith, Heidenheim, fordern 220 Mark Festgeld. Dies würde für die unteren Lohngruppen ca. 16 Prozent, für die Gruppe 6 etwa 13 Prozent und für die Gruppe 11 ungefähr 10 Prozent Lohnerhöhung bringen.

Bei BBC in Mannheim fordern die Vertrauensleute 10 Prozent mehr Lohn. Ebenfalls 10 Prozent forderten die Vertrauensleutevollversammlungen bei VW in Braunschweig und auf der Klöcknerhütte in Bremen.

Auf einer Abteilungsversammlung der Bordmontage des Werkes Reiherstieg von HDW (Howaldt Werke — Deutsche Werft) in Hamburg forderten die Arbeiter 250 Mark mehr für alle. Rund ein Viertel der Kollegen war der Ansicht, daß 300 Mark mehr eher angemessen wäre.

In Heidelberg sprach sich die Vertrauensleutekonferenz der Gewerkschaft ÖTV, Geschäftsbereich „Rehabilitation“ für eine Lohnforderung von 10 Prozent, mindestens aber 240 Mark aus. Außerdem forderten die Kollegen sechs Wochen Urlaub für alle.

Lohnstopp im öffentlichen Dienst? Provokation!

BONN. — Seit mehreren Wochen bereits denken die Herren Minister auf Bundes- und Länderebene in aller Offenheit über einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst nach.

Eine dieser Überlegungen zielt darauf, daß für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst die laufenden Tarife um ein halbes Jahr verlängert werden. Ein besonders übles Modell wurde von der Düsseldorfer SPD-Regierung ins Spiel gebracht: Die ach so privilegierten Beamten sollen im kommenden Jahr auf Besoldungserhöhung verzichten. Um dies zu erreichen, erwägen die SPD-Minister eine Gesetzesinitiative im Bundesrat.

Gleichzeitig sollen es aber nicht allein die Beamten sein, die den Gürtel enger schnallen müssen. Man deutete zugleich an: Ähnliche Regelungen sollten auch bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst angestrebt werden.

Die Masche, zuerst bei den Beamten mit einem Lohnstopp offen anzutreten, ist besonders niederträchtig, denn man spekuliert dabei auf Vorurteile in der

Bevölkerung gegenüber den Beamten.

Beamte seien unkündbar, sie hätten einen sicheren Arbeitsplatz, sie könnten deshalb auch ruhig einmal ein Opfer bringen, sagen die Minister hinterhältig. Sie verschweigen dabei, daß nur eine kleine Minderheit von Beamten wirklich privilegiert ist, daß die große Masse der Beamten hingegen unterdurchschnittliche Einkommen hat und daß auch sie keine absolut sicheren Arbeitsplätze haben. Auch Beamte können entlassen werden, wenn auch nur über besondere Wege.

Den Ministern jedenfalls geht es um alles andere als um Gerechtigkeit und Abbau von Privilegien! Sie wollen die Lohnabhängigen spalten und gegeneinander ausspielen, um im Interesse des großen Kapitals die Löhne und den Beamtenlohn zu kürzen.



René Kalisch

legen in der Angestelltengruppe des Personalrats jetzt klar in der Mehrheit.

Auf der Liste „Mehr Personal“ kandidierten der Arzt René Kalisch, die Krankenschwester Sonja Kettner und die Schwesternschülerin Sabine Wedegärtner. Der Kollege René Kalisch war bereits Mitglied im bisherigen Personalrat, und er trat im Personalratsvorstand die Angestelltengruppe. Die Liste knüpfte an die „Oppositionelle Liste“ an, die bei der letzten Personalratswahl kandidiert hatte und damals 16 Prozent der Stimmen bzw. zwei Sitze gewann. Die Liste „Mehr Personal“ errang jetzt knapp 25 Prozent der Stimmen.

Eigentlich waren die Kollegen der ÖTV-Betriebsgruppe und der Liste „Mehr Personal“ sich einig gewesen, daß alle fortschrittlichen Kollegen gemeinsam auf der Liste der ÖTV kandidieren sollten. Aber der ÖTV-Bezirksvorstand verhinderte dies. René Kalisch war wegen seiner Kandidatur bei der letzten Personalratswahl auf der „Oppositionellen Liste“, die der RGO nahestand, aus der ÖTV ausgeschlossen worden. Anfang



Sabine Wedegärtner

des Jahres stellte Kalisch einen Wiederaufnahmeantrag, der von der ÖTV-Betriebsgruppe unterstützt wurde. Auch der Abteilungsvorstand Gesundheitswesen der ÖTV unterstützte den Antrag. Aber der Bezirksvorstand lehnt die Wiederaufnahme des Kollegen Kalisch ab.

Die Kandidatur der Liste „Mehr Personal“ erfolgte also nicht gegen die ÖTV-Liste. Im Gegenteil. Nachdem der Bezirksvorstand eine gemeinsame Kandidatur aller gewerkschaftlich orientierten Kollegen verhindert hatte, machte die ÖTV-Betriebsgruppe ihrerseits den Vorschlag, daß René Kalisch und andere Kollegen eine eigene Liste aufstellen sollen.

Die Liste „Mehr Personal“ kandidierte mit dem konsequentesten Kampfprogramm. Deshalb rief die von der RGO-Betriebsgruppe herausgegebene Betriebszeitung „Contra“ zur Wahl dieser Liste auf. Von den Forderungen dieses Programms seien hier nur die wichtigsten aufgeführt:

• **Schwestern und Pfleger brauchen ein gesetzlich abgesichertes Berufsbild und Tätig-**



Sonja Kettner

keitsmerkmale.

• **Anhebung des Stellenschlüssels mit dem Ziel, daß auf einen Patienten auch eine Pflegekraft kommt (bisher ist das Verhältnis eins zu drei).**

• **Mehr Freizeitausgleich für Schichtarbeit.**

• **Keine Anrechnung der Schüler auf den Stellenschlüssel, das heißt auch Finanzierung der Schwesternschulen durch den Senat.**

• **Mehr Ausbildungsplätze in der Krankenpflegeschule.**

• **Verstärkte Einstellung von Kollegen, die Teilzeit arbeiten.**

• **Abbau von Überstunden und Bereitschaftsdiensten; Einhaltung der 40-Stunden-Woche auch für Schwestern und Ärzte.**

In dem Kampfprogramm heißt es zum Abschluß: „*All diese Forderungen sind nicht allein vom Personalrat zu verwirklichen. Mit dem Personalvertretungsgesetz und der darin enthaltenen „Friedenspflicht“ und der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Krankenhausleitung sind dem Personalrat enge Grenzen gesetzt. Wir brauchen die aktive Mitarbeit möglichst vieler Kollegen. Nur gemeinsam sind wir stark!*“

5 Jahre Majdanek-Prozeß

„Keine Gnade für KZ-Mörder“!

DÜSSELDORF. — Der 5. Jahrestag der Eröffnung des Düsseldorf Majdanek-Prozesses am 26.11. war begleitet von eindrucksvollen Aktionen der Antifaschisten. Vor dem Gerichtsgebäude, wo um 16 Uhr eine Mahnwache aufzog, sammelten sich bis 18 Uhr die Teilnehmer des anschließenden Fackelzuges, der als Schweigemarsch zur Werner-von-Siemens-Schule zog, wo eine Protestveranstaltung gegen die skandalösen Begleitumstände dieses Prozesses, vor allem gegen die anhaltende Verschleppung des Verfahrens und die unwürdige Behandlung der Zeugen, stattfand.

„Keine Gnade für KZ-Mörder!“ wurde auf einem Transparent der VOLKSFRONT gefordert. Auf anderen Transparenten hieß es: „Faschismus = Terrorismus“, „Wer NS-Mörder schont, fördert den Neonazismus“, „Wir fordern das Verbot der NS-Terrorverbände“. Großes Aufsehen erregte der Zug, an dem sich etwa 400 Menschen beteiligten, bei den Bürgern in der Innenstadt. Bei der Veranstaltung, auf der das Vorstandsmitglied der VVN, Oppenheimer, sprach, waren ebenfalls

400 Menschen anwesend. Im Kulturprogramm fand die Darstellung eines Stückes von Hochhut („Juristen“) durch die „Krempeltiere“ besonderen Anklang.

In einem Gespräch mit dem „Roten Morgen“ äußerte sich ein Vertreter der VOLKSFRONT sehr skeptisch zu Pressemeldungen, die den Beginn der Plädoyers nach Abschluß der Zeugenbefragung für den 7. Januar ankündigten. Nach dem augenblicklichen Stand sei das unwahrscheinlich.

Alarm!

- Extrablatt -



Die Anwälte der Faschisten bereiten bereits neue Anträge vor, um das Verfahren noch weiter in die Länge zu ziehen!

Der für den 26.11. angesetzte 434. Verhandlungstag war kurzfristig abgesetzt worden, wohl um den Mordern von Majdanek die Konfrontation mit den Antifaschisten zu ersparen.

Im Vorfeld des „Jahrestages“ gaben die Düsseldorf Antifaschisten eine neue Zeitung heraus: „Alarm!“ (Antifaschistische Nachrichten — überparteilich / antifaschistisch / antimilitaristisch), die in zweimonatigem Abstand erscheinen soll. Mitglieder der VOLKSFRONT beteiligen sich daran. Hier die Redaktionsanschrift: Alarm-Redaktion, Antifaschistisches Zentrum Eller, Alt- Eller 7, 4000 Düsseldorf.

In die Unterschriftenlisten, die die Errichtung eines antifaschistischen Mahnmals in Düsseldorf fordern, trugen sich bereits über 600 Bürger der Stadt ein.



Die Mahnwache vor dem Landgericht

Auch das war Majdanek

Beispiele des Widerstandes (II)

Zusammen mit der Lagerwiderstandsbewegung wurde ein Selbstbefreiungsplan mit Hilfe der im Lubliner Land kämpfenden Partisanen entworfen. Dieses Vorhaben wurde nicht realisiert, denn mit dem Herannahen der Ostfront wurde Lublin zu einem immer größeren Zentrum der deutschen Truppen.

Eine wichtige Rolle beim Bearbeiten dieses Plans spielte die Organisation „Orzel“ (Adler), die im Lager unter der Leitung von P. Dabek, K. Maliński und M. Osiński wirkte. Ihre Bemühungen in dieser Hinsicht gibt ausgezeichnet einer der Briefe P. Dabeks an R. Postowicz wieder:

„... Ich bitte um Lieferung ins Lager von 20 Stück Revolver, 40 Stück Munition für die Rev... Wenn wir diese Gegenstände, um die ich bitte, und Eure Hilfe auch nur für eine halbe Stunde lang haben, ... ist der Fall des Lagers und die Befreiung aller sicher. Unsere Leute werden die Seele des ganzen Unternehmens sein, und es gibt deren viele aktive, besonders im Kreis Pulawy, Kraśnik und Bilgoraj. Wir sind entschlossen, es zum Ende zu führen, deshalb bitten wir, uns

• Im März 1942 flüchteten nachts durch die Stacheldrähte einige Dutzend sowjetischer Kriegsgefangener. Obwohl die SS-Männer ihnen sofort mit Hunden nachsetzten, gelang es ihnen allen, in den Wald zu fliehen.

dies nachts in die große Postenkette zu bringen.“ Die höchste Form der sich entwickelnden Widerstandsbewegung war das Organisieren einer Flucht. Manche davon fanden noch vor der geplanten Befreiung des Lagers statt. Viele endeten tragisch, ein Teil aber war erfolgreich.

• Im August 1943 schlugen 13 sowjetische Kriegsgefangene, die beim Mähen des Hafers im Lagergut arbeiteten, mit den Sensen vier Wachtmeister tot und flüchteten in zwei Gruppen. Eine sechs Personen starke wurde festgenommen, der anderen gelang die Flucht.

• Im Sommer 1943 floh aus einem Außenkommando der Jude Pfeffer.

• Im Dezember 1943 erwürgten zwei Häftlinge aus Lwów, die mit Tragkästen nach Kohle gingen, den SS-Bewacher. Dann zog einer von ihnen die SS-Uniform an und führte mit dem Gewehr den anderen durch

alle Lagertore ins Freie.

• Im März organisierte der Verband „Orzel“ zwei kühne Gruppenfluchten. Drei Häftlinge flüchteten durch die durchgeschnittenen Stacheldrähte dicht am stark bewachten Tor des Feldes IV, und zehn entflohen durch die Kanalisationsleitung. (...)

Alle Flüchtlinge traten sofort den Partisanen bei.

(Aus: „Das Konzentrationslager Majdanek“, von E. Gryn und Z. Murawski)

Im Rahmen ihrer Fluchtvorbereitungen vor der Roten Armee brachten die Nazis in einer großangelegten Aktion mit dem zynischen Namen „Erntefest“ an die 19000 jüdische Häftlinge um. Grausame Verbrechen verübten sie im Zuge der Evakuierung. In der Schlußphase des Lagers aber bildete sich im Lager ein illegaler Ausschuss aus deutschen und polnischen Häftlingen, der sich der Räumung des Lagers widersetzte. Im Juli 1944 überwältigten Angehörige dieses Ausschusses die SS-Wachen und übergaben sie der Roten Armee. Deshalb war es auch möglich, daß die sowjetischen Truppen Krematorien und Gaskammern unversehrt voranden.

Rechtswidrig entlassen

Erfolg vor Gericht

LUDWIGSHAFEN. — Einen ersten Erfolg vor Gericht erreichte der Rotgardist Georg Herrmann, der gegen seine aus politischen Gründen ausgesprochene Entlassung durch die Stadt Ludwigshafen kämpft. (Der „Rote Morgen“ berichtete darüber.) In der ersten Instanz wurde diese Kündigung als unrechtmäßig erkannt.

In einem Schreiben betont Georg die große Solidarität, die er aus der Bevölkerung erfahren hat, und schildert den Verlauf des Prozesses.

„... die Gerichtsverhandlung wurde von über 20 Menschen besucht, darunter eine Schulklasse, die ich vorher über die Berufsverbotspraxis in diesem Land informieren konnte. Außerdem wurden bisher ca. 250 Unterschriften gegen das Berufsverbot gesammelt. Als diese Zahl während der Gerichtsverhandlung mitgeteilt wurde, fiel dem Herrn Rechtsanwalt von der Stadt fast der Unterkiefer herunter. Ein Berufsverbotskomitee, das unter dem Einfluß der DKP steht, hat ebenfalls seine Unterstützung zugesagt. In einem solidarischen und kameradschaftlichen Gespräch einigten wir uns darauf,

daß weltanschauliche Unterschiede aus diesem Fall herausgehalten werden und daß es vordergründig darum geht, die Berufsverbotepraxis im gemeinsamen Kampf zu Fall zu bringen.

Bei der Gerichtsverhandlung zeigte sich deutlich der Charakter dieser Justiz. Das Flugblatt, das sich gegen den Faschisten Deckert richtete und für das ich presserechtlich verantwortlich zeichnete, sollte als Beweis dazu dienen, daß rechts und links, daß NPD und KPD ja eh gleichzusetzen seien. Mein Rechtsanwalt Baier konterte jedoch ... Er stellte die Frage, wer denn die entschiedensten Widerstandskämpfer im Dritten Reich gegen die Nazis gewesen seien. Die Antwort gab er selber: „Das sind ja wohl die Kommunisten gewesen! Die Nazis haben sich

noch nie für Freiheit und Gerechtigkeit eingesetzt.“

Der Rechtsanwalt der Stadt versuchte dann zu beweisen, daß es sich in meinem Falle um kein Berufsverbot handele, da mit in der Chemiestadt Ludwigshafen ja alle Wege offenstünden. Auch dies stach nicht. Ich erwiderte ihm, daß ich ja die vierwöchige Tätigkeit bei der Stadt schlecht verschweigen kann und auch nicht gewillt sei, die Gründe für meine Kündigung zu verschweigen.

Die Stadt Ludwigshafen wird mit Sicherheit Berufung einlegen. Sie wollen es nicht verkraften, daß ein Kommunist die Abwässer der BASF und anderer kleinerer Firmen analysiert. Der Stadt sei gesagt: Der Kampf für die endgültige Wiedereinstellung wird weitergeführt.“



Deutsche und türkische Jugendliche gemeinsam gegen Polizeiterrort

Kripobeamter prügelt Jugendliche

WESTBERLIN. — Mit einem Flugblatt unter dieser Überschrift forderten Berliner Jugendliche die Entfernung des Polizisten Rolf Brockheimer aus dem Dienst. Brockheimer hat sich mehrmals in Verhören an Jugendlichen vergriffen, sie zum Teil zusammengeschlagen. Neuerlich geschah das gegenüber 14 türkischen Jugendlichen, die wegen mehreren Einbrüchen und Diebstählen in Westberlin vor Gericht standen.

Diese Jugendlichen, die voll geständig sind, sind geprägt von der elenden Situation, unter der unsere ausländischen Kollegen gerade in Westberlin zu leben gezwungen sind. Sie lebten in einem Abrißhaus im Wedding, nachdem sie wegen familiärer Schwierigkeiten ihr Elternhaus verlassen hatten.

Gegen den prügeln Kripo-Beamten fand am 26.11. um 15 Uhr vor dem Polizeirevier Gothaer Straße eine spontane — unangemeldete — Kundgebung statt. Dazu aufgerufen hatten die Bürgerinitiative „Putte e. V.“ und das Ausländerkomitee. Beteiligt war auch die VOLKSFRONT Wedding. Trotz der ungünstigen Uhrzeit versammelten sich vor dem Revier etwa 40 Menschen, darunter auch Genossen der Roten Garde. Eine Delegation der Kundgebungsteilnehmer ging dann ins Polizeirevier. Dort teilte man ihnen mit, daß Brockheimer nun in einer anderen Abteilung sei und daß nun endlich ein Strafverfahren gegen ihn laufe. „Wir werden die Sache weiter im Auge behalten!“ sagten uns die Berliner Genossen.

Die Jugendkriminalität gerade unter Ausländern entspringt, wie dieser Fall ja auch deutlich macht, ihrer sozialen Situation. An eine Verbesserung der Situation ist wiederum gerade für die Ausländer nicht

gedacht. Statt Hilfe haben deutsche Gerichte nur drastische Strafen anzubieten: Der Staatsanwalt forderte für die bisher nicht vorbestraften Jugendlichen Freiheitsstrafen zwischen zwei und zweieinhalb

Jahren ohne Bewährung, wobei die verbüßte Untersuchungshaft nicht eingerechnet werden soll. Die Verteidigung forderte wesentlich geringere Haftstrafen, die zur Bewährung auszusetzen seien.

Justizminister-Konferenz:

Asylrecht immer weiter ausgehöhlt

FRANKFURT. — „Das ist ein weiterer Schritt zur Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl!“ So kommentierte amnesty international die Mitte November auf der Konferenz der Justizminister der Bundesländer gefaßten Beschlüsse zur „Beschleunigung des Asylverfahrens“.

Was Hessens Justizminister Günther bereits im Oktober einleitete (siehe „Roter Morgen“ 45/89), soll jetzt im gesamten Bundesgebiet verwirklicht werden: Die Asylverfahren sollen in „einfacheren Fällen“ an Einzelrichter übertragen und nicht mehr von den bisher zuständigen Kammern der Verwaltungsgerichte bearbeitet werden. Die dadurch erreichte Beschleunigung der Verfahren wird mit Sicherheit zu einer Steigerung der ungerechten Urteile führen und noch mehr Menschen als bisher ihren Rechtsanspruch auf Schutz vor Verfolgung nehmen, sie reaktionären und faschistischen Regimes ausliefern.

Erschwert wird gleichzeitig die Berufung gegen solche Ur-

teile. Sie soll nur noch dann erlaubt werden, wenn sie das Urteil ausdrücklich zuläßt. Gegen den Ausschluß der Berufung soll erst gar keine Klage zulässig sein. Damit gibt es auch nicht mehr den Schein eines Rechtsmittels gegen Justizwillkür.

Um diese Pläne zu verwirklichen, wird der Bundesrat demnächst — frühestens am 19. Dezember — über einen entsprechenden Gesetzentwurf beraten.

Amnesty international forderte in gleichlautenden Fernschreiben alle Justizminister auf, von den betroffenen Vereinbarungen Abstand zu nehmen. Wir unterstützen diese Forderung mit Nachdruck!



Im ehemaligen KZ: Ein Hügel, errichtet aus der Asche der ermordeten Häftlinge. Zeugnis eines Verbrechens, das nicht ungesühnt bleiben darf!

Hoffmann-Bande bleibt verboten

... und Hoffmann bleibt auf freiem Fuß!

WESTBERLIN.— Der Versuch des Wehrsport-Gruppen-Chefs Hoffmann, die im Januar verfügte Auflösung seiner Nazi-Bande durch Klage beim Bundesverwaltungsgericht rückgängig zu machen, ist gescheitert. Das Gericht bestätigte am 2. Dezember die Rechtmäßigkeit des damals ergangenen Verbots.

Hoffmann hatte auch nach dem Münchener Attentat, das der von seiner Truppe ausgebildete und beeinflusste Gundolf Köhler begangen hat, die Frechheit zu behaupten, mit dem Verbot sei die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ nicht gewahrt. Gerade München aber war es wohl, was angesichts des Proteststurms der demokratischen Öffentlichkeit eine offizielle Rehabilitierung der Hoffmann-Bande unmöglich machte. Eine Revision gegen das Urteil ist nicht möglich. Das ist ein Erfolg für die Antifaschisten in unserem Lande und ein Ansporn, den Kampf für die Vernichtung des Neonazismus weiterzuführen.

Dennoch ist die „Verhältnismäßigkeit“ nicht gewahrt, aber in einem ganz anderen Sinne. Hoffmanns Terror-Truppe wurde nach vereinsrechtlichen Gesichtspunkten aufgelöst. Nicht etwa als kriminelle Vereinigung, was viel härtere Strafen nach sich gezogen hätte. Was aber ist eine kriminelle Vereinigung, wenn nicht die erklärtermaßen für den Bürgerkrieg und die Beteiligung an einem faschistischen Putsch rüstende militäristische Bande des Herrn Hoffmann!

Die äußerst mangelhafte Strafverfolgung in diesem Fall läßt das Verfahren als einen Alibi-Prozess erscheinen. Hoffmann und seine Leute sind weiterhin auf freiem Fuß. Es wurde während des Prozesses ganz deutlich, daß sie auch noch Verbindungen zueinander unterhalten. Und nicht nur das. Immer noch gehen Spenden ein auf ein Nürnberger Postscheckkonto des „Freundeskreises zur Förderung der Wehrsportgruppe Hoffmann“. Hier zeigt sich die Kaltlosigkeit der Behauptung, das Vermögen der Gruppe sei beschlagnahmt worden. Hier werden die finanziellen Mittel gesammelt und sogar ein organisatorischer Rahmen vorgegeben, um die Gruppe — anders getarnt — neu zu beleben. Bisher ist hier noch niemand eingeschritten.

Hamburger Nazi-Prozeß:

„Bewährung“ für bewährte Terroristen

Die Anklagen lauteten auf schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung und Nötigung.

Gefängnisstrafen von acht Monaten (Pasternak) bzw. sechs Monaten (Wrobel) mit Bewährung und zweimal Geldstrafen von 60 Tagessätzen à 20,—DM (Buchmann und Carstens) waren die einzigen greifbaren Strafen gegen diese Banditen.

Das Verfahren gegen Grabsch, Reich und Schwarz wurde bereits vor Ende des Prozesses eingestellt, weil sie in einem anderen gegen sie laufenden Verfahren höhere Strafen zu erwarten hätten. Im Falle des sattem bekannten Michael Kühnen wurde eine mögliche Strafe in seine Strafe von vier Jahren eingerechnet, die kürzlich vom Celler Oberlandesgericht gegen ihn verhängt wurde.

Der Prozeß fand, wie im letzten RM berichtet, unter

Hoffmann ist eine Gefahr, solange er frei herumläuft. Wenn alles mit rechten Dingen zuginge, müßte dieser wegen immer gleicher Delikte mehrfach vorbestrafte Faschist für Jahre hinter Gitter verschwinden. Aber es ist kennzeichnend für das Westberliner Verfahren, daß ganz wesentliche Aussagen Hoffmanns bei der „Würdigung“ des Programms der WSG nicht erwähnt wurden. Zum Beispiel diese: „Wenn die Linken oder Kommunisten mal die Übermacht im Staat gewinnen und die Polizei nicht mehr mit ihnen fertig wird, muß die Gruppe helfen.“ Dagegen hätten die politisch Verantwortlichen in unserem Staat im Prinzip wohl nichts einzuwenden...

Sympathisch wird den Herrschenden auch seine 1977 gegebene Antwort auf die Frage erscheinen, ob er bereit sei, gegen streikende Arbeiter vorzugehen. Er sagte: „Ja. Sie meinen in Krisensituationen. Oder sagen wir noch konkreter: in einer bürgerkriegsähnlichen Situation wären wir dann die richtigen Leute. Wir sagen nicht von vornherein: da wirds schwierig. Wir haben keine Hemmungen, gegen einen Kommunisten vorzugehen.“

Und hier liegt wohl auch der tiefere Grund dafür, daß von staatlicher Seite der WSG kein gründlicher Prozeß gemacht wurde. Niemand hat sich etwa bisher ernstlich daran gestört, daß Hoffmanns Wappenzeichen identisch ist mit dem der Hitlerischen Waffen-SS. So bleibt Hoffmann also auf freiem Fuß, und wenn er sich etwas weniger auffällig benimmt, wird er sicher wieder Verwendung finden.

Die Politiker aber haben nach dem Berliner Urteil eine große Schaumschlägerei begonnen. Innenminister Baum behauptete, das Verbot mache deutlich, daß die Bundesregierung entschlossen sei, „extremistische Aktivitäten, die eine bestimmte Grenze überschreiten, auch mit Verbotsmaßnahmen

Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Bei dem Vortrag der Plädoyers war die Öffentlichkeit wieder zugelassen. Neben den Versuchen der Verteidiger der Faschisten, deren brutale Angriffsaktion als Notwehr und Schutz der alten Bürger im Veranstaltungssaal hinzustellen, mußten die Zuschauer erleben, wie Kühnen eine Propagandarede für den Nationalsozialismus hielt. Unter dem Beifall einiger Altnazis unterstrich er sein Bemühen um eine Legalisierung der Nazi-Politik. Daran fand das Gericht nichts auszusetzen.

Wieder einmal wurden hier in Hamburg Nazi-Banditen mit Samthandschuhen angefaßt, die schon ihrer faschistischen Propaganda wegen, von ihren Taten zu schweigen, ins Gefängnis gehören. Faschistische Organisationen wie die DVU und jegliche faschistische Propaganda müssen endlich verboten werden! Nazi-Terroristen gehören ins Gefängnis!



entgegenzutreten.“ Der Vorsitzende des innenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion, Hugo Brandt, bezeichnete die Entscheidung gar als Beweis dafür, daß sich die Bundesrepublik erfolgreich gegen rechtsextremistische und neonazistische Gruppen zur Wehr setzen könne.

Auch CSU-Tandler und der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Röhner, begrüßten in Worten die Westberliner Entscheidung. Röhner schrieb: „Extremistische Militanten solcher Art passen nicht in unsere Rechts- und Verfassungs-

ordnung.“ Man müsse aber in Zukunft darauf achten, „ob das Rechte nur gegenüber Rechtsextremisten geschieht.“ So soll das jahrelang überfällige und unzureichende Verfahren gegen Hoffmann der Startschuß sein zu Verbotsmaßnahmen gegen „links“, gegen antifaschistische Kräfte!

Wir dürfen uns weder vom SPD-Gesäusel einschläfern noch vom CDU/CSU-Gepolter einschüchtern lassen. Der Kampf muß weitergeführt werden für die tatsächliche Auflösung der Hoffmann-Bande und aller Nachfolgeorganisationen, für das Verbot aller faschistischen Gruppen.

CSU will Schüler entmündigen

Neuer Vorstoß gegen die Meinungsfreiheit

MÜNCHEN.— Vornean im Kampf gegen demokratische Grundrechte stehen wieder einmal die Behörden in Bayern. Den von ihnen selbst heraufbeschworenen Streit um das Tragen politischer Plaketten an Schulen wollen sie jetzt durch ein Gesetz endgültig aus der Welt schaffen: Diese Form der freien Meinungsäußerung soll generell verboten werden.

Im Wahlkampf war die Verfolgung der Strauß-Gegner in Bayern mit besonderem Einsatz betrieben worden. Dazu gehörte auch der Ausschluß vom Unterricht und Verweis von der Schule gegen die Schülerinnen Dagmar Hern (Klenze-Gymnasium, München) und Christine Schanderl (Regensburg). Diese Schulstrafen wurden allerdings von den Verwaltungsgerichten als rechtswidrig erkannt und aufgehoben.

Da sich die Schulbehörden auf eine in der „Allgemeinen Schulordnung“, die sie selbst geschaffen haben, verankerten Paragraphen berufen, will Christine Schanderl jetzt die Verfassungswidrigkeit dieses Paragraphen vom Bayerischen Verfassungsgericht feststellen lassen.

Die SPD- und FDP-Opposition hatte festgestellt, daß ein Plakettenverbot nicht durch die AScho, sondern höchstens durch ein Gesetz geregelt werden dürfe. Dieses Gesetz will die CSU jetzt schaffen.

Kultusminister Maier berief sich dabei auf das Betriebsverfassungsgesetz, das den Wahlkampf im Betrieb untersagt. Das müsse dann erst recht in der

Schule gelten. Wir Kommunisten sind da für eine andere gesetzliche Maßnahme: Die grundrechtswidrigen Bestimmungen auch des BVG müssen gestrichen werden! Die freie politische Betätigung im Betrieb ist gesetzlich zu verankern!

Maier brachte einen anderen Vergleich, der an Zynismus nichts zu wünschen übrig läßt. Was, so fragte er, würden die Gegner des CSU-Vorstoßes denn davon halten, wenn in einer Klasse mit Ausländern ein Schüler eine Plakette mit der Aufschrift „Ausländer raus“ tragen würde?

Was sich hier offenbart, ist nur die Abartigkeit des offiziellen Demokratie-Verständnisses. Auch hier ist ein ganz anderes Gesetz nötig: das Verbot faschistischer und rassistischer Propaganda, nicht nur an Schulen, sondern in allen Bereichen und im gesamten Bundesgebiet! Betätigungsfreiheit für Faschisten und Volksfeinde hat mit Demokratie nichts zu tun.

Alle Demokraten Bayerns sind aufgerufen, den Vorstoß der CSU zu Fall zu bringen. Verstärken wir den Kampf gegen den Abbau, für die Ausweitung demokratischer Rechte!

BONN.— Recht kurz nur befaßte sich Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung mit dem Thema „Rechtspolitik“. Seine Bemerkungen leitete er ein mit der heuchlerischen Behauptung: „Wir wollen weiterhin mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit für den einzelnen in unserer Gesellschaft, Ausbau unseres Rechtsstaates und Wahrung seiner Liberalität.“

Was heißt „weiterhin“? Das kann doch wohl nur heißen, daß an eine Änderung des politischen Konzeptes nicht gedacht ist. Und das ist auch gemeint, wie des Kanzlers neue Ausführungen beweisen.

„Wir wollen keine Extremisten im Staatsdienst, aber auch keine Opportunisten und Angepaßte. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, bei der Prüfung der Verfassungstreue von Beamten dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit auch dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Anforderungen nach den unterschiedlichen Funktionen differenziert werden.“ Man kann gespannt sein, auf welche Möglichkeiten Schmidt bei seiner Suche stößt. Fest steht damit allerdings, daß auch diese Bundesregierung an der Berufsverbots-Praxis festhält, daß demokratisch und antifaschistisch gesinnte Menschen, schon gar die Kommunisten, aus dem Schuldienst und allen anderen Stellen des öffentlichen Dienstes ferngehalten werden sollen, wo die Gefahr besteht, daß ihre demokratische Einstellung auf andere Menschen einwirkt — und wo ist das eigentlich nicht der Fall?

Liberalisierung? — Fehlanzeige!

„Wir werden unsere innere Sicherheit wie bisher mit Augenmaß und Festigkeit bewahren, gewalttätigem Extremismus entschlossen entgegenzutreten — ob von rechts oder von links. Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Neonazismus bei uns gefährlich auflebt. Gesetzeslücken, die bei der Verfolgung neonazistischer Aktivitäten zutagegetreten sind, müssen geschlossen werden.“

Sind das nicht große Worte gegen die Neonazis? Nun, es sind Worte, und Worte sollen es bleiben. „Gesetzeslücken schließen“ — an ein Verbot der faschistischen Organisationen, der faschistischen Propaganda ist jedenfalls nicht gedacht. Auf konkrete Aussagen läßt Schmidt sich sowieso nicht ein. Und die „wehrhaften“ Maßnahmen gegen den real auflebenden Rechtsextremismus kann man beim besten Willen nirgends finden, selbst wenn man den einzigen Verbotsprozeß gegen eine Faschistenorganisation heranzieht, gegen die Hoffmann-Bande: ein Verbot, der den Umsturz plante und sich dafür militärisch und ideologisch schulte, wird vereinsrechtlich aufgelöst, die Verbrecher laufen frei herum — bereit zu neuen Taten.

Unübertrefflich verschwommen sind auch die Ausführungen zum Kontaktsperregesetz, das Gefangene außerhalb jeden Grundrechts stellt und sie rechtlos der Willkür der Behörden ausliefert, und das gleichzeitig die psychische und physische Zerstörung der Betroffenen bewirken soll. „Beim Kontaktsperregesetz wird eine Regelung angestrebt, die die strafprozessualen Garantien auch in diesem Bereich noch stärker gewährleistet, ohne den Schutz des von terroristischen Aktivitäten Bedrohten zu vermindern.“ Klarer ausgedrückt: Alles bleibt, wie es war.

Deutlicher wird Schmidt dafür in einer anderen Frage. „Ausländer, die ihre Fehden in unser Land tragen, müssen mit unserer entschlossenen Gegenwehr rechnen.“ Diese Gegenwehr traf bisher ausschließlich fortschrittliche Ausländer, die hier von faschistischen, von den entsprechenden Regimes im Ausland beauftragten und bezahlten Banden verfolgt wurden und werden. An ein Verbot dieser Organisationen wie der Grauen Wölfe ist trotz zehntausendfach erhobener Forderung offensichtlich nicht gedacht. Daß sich unter der jetzigen Regierung die Verfolgung der ausländischen Antifaschisten und die Diskriminierung aller ausländischen Kollegen verstärken wird, macht die rechtswidrige Aushöhlung des Asylrechts ebenso deutlich wie die direkte Finanzierung etwa des türkischen Militärregimes. „Wir achten darauf, daß nur tatsächlich Verfolgte Asyl erhalten“ — eine Verhöhnung der betroffenen Menschen.

Das also ist der Helmut Schmidt, den uns die SPD im Wahlkampf als die „einzige Alternative“ zu dem rücksichtslosen Machtpolitiker F.J. Strauß verkaufen wollte, ein Versuch, der bei vielen Menschen in der Anti-Strauß-Bewegung — für deren Zustandekommen die SPD nichts getan hatte — noch fruchtete. Es ist an der Zeit, sich daran zu erinnern, was unsere Partei im gesamten Verlauf des Wahlkampfes immer betont hat: die Entscheidung über die politische Zukunft der Bundesrepublik fällt nicht am Wahltag, und die Stimme für Schmidt verhindert nicht grundsätzlich die Verwirklichung Straußscher Politik. Die Bewährungsprobe für die in der Abwehr des Vormarsches von F.J. Strauß entstandene antifaschistische Bewegung wird in den Krisenjahren des kommenden Jahrzehnts abgelegt werden müssen. Deshalb bedarf es der Stärkung dieser Bewegung über die Wahl hinaus, deshalb muß ihre Bindung an die SPD verhindert werden.

Nur eine Organisation hatte sich die Herstellung der einheitlichen antifaschistischen Aktion in diesem Sinne zum Programm gemacht: die VOLKSFRONT. Deshalb hat die KPD sie bei der Wahl unterstützt.

Die Ereignisse nach der Wahl, die Regierungserklärung des Kanzlers, die ja neben den oben angesprochenen Punkten auch den totalen Willen zum Einsatz der staatlichen Machtmittel zur Durchsetzung des Programms der Aufrüstung und des Abbaus der Löhne und Sozialleistungen gegen den Widerstand der Bevölkerung erkennen läßt, bestätigen: die Schaffung einer breiten Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ist eine aktuelle, dringende Aufgabe.

Dietrich Lohse

Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft DAFG-Literaturvertrieb

Liebe Freunde!

Die große Zeit des Schenkens steht vor der Tür und vielleicht haben Sie auch schon daran gedacht, Ihren Freunden oder Verwandten Albanien bei dieser Gelegenheit näher zu bringen. Damit es Ihnen leichter fällt, möchten wir Ihnen ein paar besondere Vorschläge machen:

1. Kalender „Albanien 1981“

Großformatige Farbfotos von Besuchern des Landes. Für jeden, der schon einmal dort war, eine schöne Erinnerung, für andere eine interessante Anregung. 12 Monatsblätter und 1 Deckblatt, Querformat 29 x 21 cm, Spiralbindung
Einzelpreis DM 14,80
Geschenk-Angebot 2 Kalender DM 20,00
3 Kalender DM 25,00 usw.

Jetzt liegt es an Ihnen, ob dieser gelungene DAFG- und Albanien-Repräsentant die große Verbreitung findet ...

2. Geschenkabonnements

Neues Albanien
Albanien heute
Albanische Hefte
als 3-fach-Abonnement nur DM 22,80 (statt DM 28,59).
Wir beginnen die Lieferung zu Weihnachten mit den jeweils letzten Heften des laufenden Jahrgangs! Versand auch an verschiedene Adressen möglich. Natürlich können Sie sich auch selbst beschenken.
Preiswerter bekommt man wohl kaum so umfassende und vielseitige (auch im Wortsinn: über 700 Seiten!) Informationen.

3. Sammlung „Informationen aus & über Albanien“

Alle bisher erschienenen Hefte unserer neuen Broschüren-Reihe:
Nr. 1 — Sh. Ballvora: Das nationalsozialistische Besatzungsregime in Albanien
Nr. 2 — Die Frauen Albaniens. Aufsätze und Reportagen aus der albanischen Presse
Nr. 3 — Stäbler: Sonne über Albanien. Beiträge zur albanischen Folklore mit großem Liederteil, Noten, Texten und deutschen Übersetzungen
Nr. 4 — de Siaty: Über den Umgang mit Büchern
Gesamtpreis des Sortiments DM 21,10 (statt DM 26,40)

4. Folklore zum Kennenlernen

1x Stäbler: Sonne über Albanien. Beiträge zur albanischen Folklore (einzeln DM 14,90)
1x Original albanische Schallplatte (16 cm) als Klangbeispiel (einzeln DM 6,00)
zusammen DM 16,40

5. Das große Folklore-Paket

1x Stäbler: Sonne über Albanien. Beiträge zur albanischen Folklore (einzeln DM 14,90)
1x LP Cellier: L'Albanie Folklorique (einzeln DM 20,00)
Die Platte zum Stäbler-Buch. Von der Schallplattenkritik als die beste Folklore-Platte im Quartal II/80 ausgezeichnet.
5 Original albanische Schallplatten (16 cm) (einzeln DM 6,00)
zusammen nur DM 45,00

6. Bücherpaket „Augen zeuge der Geschichte“

1x E. Hoxha: Mit Stalin. Erinnerungen
1x E. Hoxha: Die Chruschtschowianer. Erinnerungen
1x Betrachtungen über China. Je 1x Band I und II. Aus dem politischen Tagebuch von Enver Hoxha
1x Fotobildband „E. Hoxha. Gju me gju me popullin“, großformatige teils farbige Fotos, gleichzeitig eine Chronik der neueren Geschichte Albaniens.
zusammen DM 45,25

7. Zeitgeschichtliche Dokumentation

Albaniens unabhängiger Weg. Zum Konflikt China-Albanien
1x Theorie und Praxis der Revolution. Artikel aus „Zeri i popullit“, 1977
1x N. Hoxha: Einige grundlegende Fragen ... 1977
1x Brief des ZK der PAA und der albanischen Regierung ... 1978
1x Die kriegstreiberische chinesische Politik ... 1978
1x Probleme der heutigen Weltentwicklung 1978
1x Betrachtungen über China, Band I und II. Aus dem politischen Tagebuch von Enver Hoxha
1x Imperialismus und Revolution von E. Hoxha
insgesamt über 2500 Seiten Fakten, Hintergründe, Ansichten.
zusammen DM 30,90

Diese Angebote gelten bis zum 31.12.1980. Lieferung in allen Fällen nur, so lange der Vorrat reicht. Versand an Weiterverkäufer ausgeschlossen.
Bestellungen an:

DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 19-7622
2000 Hamburg 19

Anzeige

VERLAG NEUE ZEIT GMBH

Neue
Zeit

Weihnachtsgeschenk '80?

Sie wissen nicht, was Sie zu Weihnachten verschenken sollen?

linkskurve-Abo '81!



Magazin für
Kunst und
Kultur



Ein faszinierender Roman, in dem Weiskopf bis ins Detail Ereignisse darstellt und vorwegnimmt, die im August 1944 wirklich eintreten - den slowakischen Aufstand - den Widerstandskampf des slowakischen Volkes gegen die deutschen faschistischen Besatzer und ihre einheimischen Kollaborateure.
272 S. DM 8,80

So urteilt die Presse:
... Der sichere Umgang darin, Text und Musik zusammenzubringen, macht die Platte zu einem Erlebnis... (Michel Folkzeitung, Nr. 17/80) „Man braucht politische Klarheit, auch Fingerspitzengefühl, um Menschen politisch zu aktivieren. Die Hamburger Gruppe hat beides, mehr und mehr auch professionelle Sensibilität im Musikalischen...“ (linkskurve 3/80) LP 33 cm/DM 17,80

Verlag Neue Zeit GmbH
Postfach 4304
2300 Kiel 1

Bestellung: Linkskurve-Jahrgang 1981 als Weihnachtsgeschenkabo zum Preis von 22,- DM

Name:
Straße:
Ort:

Anzeige

Liebe Abonnenten des „Roten Morgen“

In diesen Tagen erreichte Sie die Rechnung für Ihr Abo Roter Morgen 1981. Um eine reibungslose Belieferung zu gewährleisten, bitten wir Sie, die Abgebühren schnellstmöglich, spätestens aber bis zum 5.1.81 auf unsere Konten Postscheckamt Dortmund Kto. Nr. 79000-461

oder

Stadtparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321000290

einzuzahlen.

Mit freundlichen Grüßen
Verlag Roter Morgen

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60,- ☐ halbjährlich DM 30,-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Weilinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Enver Hoxhas Buch über die Chruschtschowianer ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Entwicklung des modernen Revisionismus in der Sowjetunion und den früheren Volksdemokratien Osteuropas. Genosse Enver Hoxha analysiert die Entwicklung vom Tod Stalins bis in die frühen sechziger Jahre und zeichnet dabei den beispielhaften Kampf der PAA gegen den modernen Revisionismus nach. Sein Werk enthält eine Fülle von Einschätzungen solcher Ereignisse der damaligen Jahre, die noch heute nachwirken

Enver Hoxha

Polen 1956 — die Konterrevolution in Aktion

Aus: „Die Chruschtschowianer — Erinnerungen“

Zu den gleichen Erscheinungen wie in Ungarn kam es fast zur selben Zeit auch in Polen, wenn auch die Ereignisse dort nach Ausmaß und dramatischem Charakter nicht an die in Ungarn heranreichten. Auch in Polen war unter Führung der Vereinigten Arbeiterpartei die Diktatur des Proletariats errichtet worden, doch dort entwickelte sich der Sozialismus trotz der Hilfe der Sowjetunion nicht rasch genug. Solange Bierut noch an der Spitze stand und die polnische Partei eine korrekte Position einnahm, wurden bei der sozialistischen Entwicklung des Landes Erfolge erzielt. Doch die ersten dort durchgeführten Reformen und Maßnahmen wurden nicht bis zum Ende getrieben, und der Klassenkampf wurde nicht genügend entfaltet. Das Proletariat wuchs, die Industrie entwickelte sich, man unternahm Anstrengungen, die marxistischen Ideen unter den Massen zu verbreiten, doch de facto behielten die Elemente der Bourgeoisie viele von ihren herrschenden Positionen. Die Agrarreform auf dem Land fand nicht statt, und die Kollektivierung blieb auf halbem Wege stecken, bis Gomulka dann die Genossenschaften und die Staatsfarmen für unrentabel erklärte und das Anwachsen des Kulakentums im polnischen Dorf begünstigte.

Wie in Ungarn, in Ostdeutschland, in Rumänien und anderswo entstand auch in Polen die Partei aus einer mechanischen Vereinigung der bestehenden Partei mit den bürgerlichen sogenannten Arbeiterparteien. Vielleicht war das notwendig, um das Proletariat unter der Führung einer einzigen Partei zusammenzuschließen, doch dieser Zusammenschluß hätte durch eine umfangreiche ideologische, politische und organisatorische Arbeit vollzogen werden müssen, so daß die ehemaligen Mitglieder der anderen Parteien nicht nur aufgesaugt, sondern, und das ist das Wichtigste, auch zu einem gründlichen Verständnis der marxistisch-leninistischen ideologischen und organisatorischen Normen erzogen worden wären. Doch das geschah weder in Polen noch in Ungarn, noch sonst irgendwo, und tatsächlich wechselten die Mitglieder der bürgerlichen Parteien nur den Namen, wurden „Kommunisten“, behielten dabei aber ihre alten Ansichten, ihre alte Weltanschauung bei. So wurden die Parteien des Proletariats nicht etwa gestärkt, sondern im Gegenteil sogar geschwächt, denn in ihnen setzten sich Sozialdemokraten und Opportunisten wie Cyrankiewicz, Marosan, Grotewohl usw. mit ihren Anschauungen fest.

In Polen gab es außerdem auch noch einen anderen Faktor, der die konterrevolutionären Bekundungen beeinflusste: den alten Haß des polnischen Volks auf das zaristische Rußland. Infolge der Arbeit der Reaktion innerhalb und außerhalb der Partei richtete sich der alte, in der Vergangenheit völlig be-

rechtigte Haß nun gegen die Sowjetunion, gegen das Sowjetvolk, das in Wirklichkeit sein Blut für die Befreiung Polens vergossen hatte. Die polnische Bourgeoisie, die nicht hart genug geschlagen worden war, tat alles, um die nationalistischen und chauvinistischen Gefühle gegenüber der Sowjetunion zu schüren.

Nach Bieruts Tod zeigten sie sich offener und auch die Schwächen der Partei und der Diktatur des Proletariats in Polen traten offenen zutage. Und so kam es — teils infolge der Schwächen in der Arbeit, teils infolge der Anstrengungen der Reaktion, der Kirche, Gomulkas und Cyrankiewiczs, teils infolge der Einnischung der Chruschtschowianer — zu den Juniunruhen 1956 und den darauf folgenden Ereignissen. Bieruts Tod schuf natürlich günstige Voraussetzungen für die Durchführung der Pläne der Konterrevolution. Ich hatte Bierut schon früh kennengelernt, bei einem Besuch in Warschau. Er war ein reifer, erfahrener, lebenswürdiger, ruhiger Genosse. Obwohl ich jünger war als er, behalmte er sich mir gegenüber so nett und kameradschaftlich, daß ich das Zusammensein mit ihm nie werde vergessen können. Auch wenn ich ihm bei Beratungen in Moskau begegnete, unterhielt ich mich mit ihm besonders gern. Er hörte aufmerksam zu, wenn ich über unser Volk und die Lage berichtete, in der es sich befand. Er war aufrichtig, gerecht und prinzipienfest. Ich erinnere mich, daß er bei einem Gespräch mit mir in Warschau auch eine frühere Unterhaltung mit Genossen Mehmet erwähnte.

„Euer Genosse hat mir gegenüber ganz offen die Einstellung unseres Ministerpräsidenten kritisiert. Mir gefallen Genossen, die offen sprechen“, sagte Bierut.

Zum letzten Mal begegnete ich ihm in Moskau beim 20. Parteitag der KPdSU.

Kurze Zeit vor seinem Tod saßen Bierut, seine Frau, Nexhmiye und ich zusammen in einer Loge im Malij-Theater, um uns ein Stück über die revolutionäre Marine von Leningrad anzusehen.

In einer Pause hatten wir in einem kleinen Nebenraum eine herzliche Unterhaltung. Es ging unter anderem um die Komintern, denn inzwischen war auch der Bulgare Ganeff gekommen, und er und Bierut erzählten mir von einer Begegnung in Sofia, wohin Bierut in illegalem Auftrag gekommen war.

Kurze Zeit nach dieser Begegnung geschah das Unglück: Bierut starb... Auch er, wie Gottwald... „an Schnupfen“. Große Trauer und Verwunderung!

Wir fuhren nach Warschau, um ihn zu beerdigen; das war Anfang März 1956. Am Sarg von Bierut wurden eine Menge Reden gehalten, von Chruschtschow, Cyrankiewicz, Ochab, Tschu Teh usw. Auch Vukmanović Tempo, der als

und der bürgerlichen Propaganda als Munition gegen den Sozialismus dienen. Eines dieser Ereignisse sind die konterrevolutionären Aktivitäten, die sich 1956 (parallel zu Ungarn) in Polen entwickelten. Aus aktuellem Anlaß bringen wir im folgenden einen Auszug aus den „Chruschtschowianern“, der sich mit der polnischen Konterrevolution beschäftigt und der eine gute Hilfe zum Verständnis der Entwicklung im heutigen Polen ist.

Vertreter Belgrads zur Beisetzung gekommen war, hielt eine kurze Ansprache. Der Vertreter der Titoisten nutzte auch diese Gelegenheit, um seine revisionistischen Parolen auszustreuen und seine Befriedigung über die gerade eben vom 20. Parteitag eröffneten neuen „Möglichkeiten und Perspektiven“ zu bekunden.

„Bierut ging in einem Augenblick von uns, da der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen allen sozialistischen Bewegungen zur Verwirklichung der Ideen des Oktober auf verschiedenen Wegen Möglichkeiten und Perspektiven erschlossen worden sind“, sagte Tempo und rief dazu auf, „durch ständige Taten“ auf dem erschlossenen Weg voranzuschreiten. Während die Reden weitergingen, sah ich, wie nicht weit von mir Chruschtschow, aneinen Baum gelehnt, in ein reges Gespräch mit Wanda Wassilewska vertieft war. Mit Sicherheit feilschte er, während Bieruts Leichnam ins Grab gesenkt wurde.

Einige Monate nach diesen bitteren Ereignissen zu Beginn des Jahres 1956 wurde Polen von Wirrwarr und Chaos überzogen, die nach Konterrevolution rochen.

Die Ereignisse in Polen glichen denen in Ungarn wie ein Ei dem anderen. Die Revolten der Poznaner Arbeiter begannen zwar vor dem Ausbruch der Konterrevolution in Ungarn, tatsächlich fielen jedoch diese beiden konterrevolutionären Bewegungen zeitlich, von der Situation und vom Geist her zusammen. Ich will mich nicht auf eine ausführliche Darstellung der Ereignisse einlassen, denn diese sind bekannt. Doch es ist von Interesse, die Analogie der Fakten in diesen Ländern, die erstaunliche Parallelität im Ablauf der Konterrevolution in Polen und Ungarn hervorzuheben.

Sowohl in Polen als auch in Ungarn wurden die Führer ausgewechselt: in einem Land starb Bierut (in Moskau), im anderen wurde Rakosi abgesetzt (ein Werk Moskaus); in Ungarn wurden Rajk, Nagy und Kadar rehabilitiert, in Polen Gomulka, Spychalski, Morawski, Loga-Sowynski und ein ganzer Heerzug von Verrätern; dort betrat Mindszenty die Szene, hier Wyszynski.

Am auffallendsten war die ideologische und geistige Identität dieser Ereignisse. In Polen wie in Ungarn vollzogen sich die Ereignisse unter der Schirmherrschaft des 20. Parteitags — unter den Losungen der „Demokratisierung“, der Liberalisierung und der Rehabilitierung. Die Chruschtschowianer spielten bei den Geschehnissen in beiden Ländern eine aktive Rolle, eine infame und konterrevolutionäre Rolle. Die Titoisten übten in Polen ebenfalls ihren Einfluß aus, wenn auch vielleicht nicht so direkt wie in Ungarn. Doch die Ideen von der „Selbstverwaltung“, von den „nationalen Wegen zum Sozial-

ismus“, von den „Arbeiterräten“, die in Polen um sich griffen, waren natürlich vom jugoslawischen „spezifischen Sozialismus“ inspiriert.

Die Juniereignisse in Poznan waren konterrevolutionäre Bewegungen, geschürt von der Reaktion, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Fehler der polnischen Partei bei der Entwicklung der Wirtschaft ausnutzte. Diese Revolten wurden unterdrückt, ehe sie ein solches Ausmaß annahmen wie in Ungarn, doch sie hatten beträchtliche Auswirkungen auf den weiteren Ablauf der Ereignisse. In Polen fand die Reaktion ebenfalls ihre Nagy: Wladislaw Gomulka, einen Feind, den man aus dem Gefängnis holte und sofort zum Ersten Sekretär der Partei machte. Gomulka war eine Zeitlang Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei gewesen und wegen seiner rechtsopportunistischen und nationalistischen Auffassungen, die der Linie der damals vom Informbüro entlarvten Titogruppe sehr ähnelten, verurteilt worden. Beim vereinigungsparteitag der Arbeiterpartei und der Sozialistischen Partei im Jahr 1948 entlarvten und attackierten Bierut und die anderen Führer und Delegierten Gomulkas Anschauungen. Unsere Partei hatte einen Vertreter zu diesem Parteitag entsandt, der nach seiner Rückkehr nach Albanien vom arroganten und sturen Verhalten Gomulkas auf diesem Parteitag berichtete. Gomulka wurde gebrandmarkt, trotzdem „reichte man ihm noch einmal die Hand“, wie gesagt wurde, und wählte ihn ins Zentralkomitee. Wie ein polnischer Begleiter unserem Genossen erzählte, hatte Gomulka in jenen Tagen ein langes tête-à-tête mit Ponomarenko, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der am Parteitag teilnahm, und anscheinend überredete Ponomarenko Gomulka zur Selbstkritik. Doch mit der Zeit stellte sich heraus, daß er seine Anschauungen nicht aufgegeben hatte, und später wurde er dann auch wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verurteilt.

Enver Hoxha

Die
Chruschtschowianer
Erinnerungen



532 Seiten, DM 17,00
Tirana 1980

„Enver Hoxha contra Mao Tse-tung“ Wohin geht der KABD?

„Enver Hoxha contra Mao Tse-tung“ — unter diesem Titel hatte der KABD am 28. November in Hamburg und am 5. Dezember in Dortmund zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Auf diesen Veranstaltungen hatte auch ein Vertreter unserer Partei Gelegenheit, im Zusammenhang über die Mao-Tse-tung-Ideen als einer besonderen Spielart des Revisionismus zu sprechen. In diesem Artikel wollen wir uns auf einige Punkte beschränken, die uns aufgefallen sind.

Der KABD kritisiert zwar die „Drei-Welten-Theorie“ und das heute in China herrschende Regime von Deng und Hua, kann sich aber nicht von seiner Vorstellung von Mao Tse-tung als dem großen Marxisten-Leninisten trennen. Wir kennen eine solche Haltung auch aus der Geschichte unserer Partei. Wir wissen auch, wie schwierig es für uns war, uns von liebgewordenen Vorstellungen, von den Gefühlen, aber auch von dem Mythos, dem Kult, der um Mao Tse-tung gemacht wurde, zu befreien. Offensichtlich gibt es bei vielen Genossinnen und Genossen im KABD das gleiche Problem. Hier hilft nur die genaue Analyse der Fakten, nicht nur der Schriften Mao Tse-tungs, sondern auch der chinesischen Wirklichkeit.

Was war denn z.B. mit der Kulturrevolution, die von den Chinesen „groß“ und „proletarisch“ genannt wurde?

Als Kommunisten wissen wir, daß eine Revolution und noch dazu eine proletarische Revolution unbedingt unter der Führung der Partei stehen muß. Sonst kann die Diktatur des Proletariats weder errichtet noch verteidigt und gefestigt werden. Selbstverständlich muß sich die Partei dabei auf die Arbeiterklasse, die revolutionärste Klasse der heutigen Gesellschaft, stützen. Um den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats, die es angeblich in China gegeben hatte, zu verteidigen, mobilisierte Mao Tse-tung jedoch gerade nicht die Arbeiterklasse, sondern die studentische Jugend. Die Studenten (Maos „Massen“) sollten das „Hauptquartier bombardieren“, die „Autoritäten“ kritisieren, sie waren sogar dazu aufgefordert, die Parteikomitees aufzulösen und neu zu bilden. Also nicht die Partei und unter ihrer Führung die Arbeiterklasse wurde gegen die Feinde mobilisiert, sondern die Studenten wurden gegen die Partei, ja sogar gegen die Arbeiterklasse mobilisiert, so daß es zwischen Arbeitern und „Roten Gärten“ sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam. Enver Hoxha hat völlig recht, wenn er in seinen „Betrachtungen über China“ (Bd. I, S. 370) schreibt: „Ich meine, daß die Revolution, die ernsteste Sache ist, die es geben kann, und weder Spontaneität, noch Mangel an eiserner Disziplin, noch Schwanken in den Prinzipien, noch Anarchie und Konfusion erlaubt.“ Wahrscheinlich wissen die Genossinnen und Genossen im KABD das genauso gut wie wir, aber nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, macht man die Augen angesichts der Tatsachen zu und sucht Rettung in dem einen oder anderen Zitat, in dem das Wort „Arbeiterklasse“ oder „Partei“ vorkommt.

Der KABD sagt, daß Enver Hoxhas Kritik an Mao Tse-tung, an der Kulturrevolution identisch sei mit dem, was die modernen Revisionisten sagen und versucht dies durch die Gegenüberstellung von Zitaten zu belegen. Diese Methode ist ziemlich durchsichtig, auch wenn sie auf unerfahrene Menschen einen gewissen Eindruck machen

mag. Zunächst wird ja auch der KABD nicht bestreitet, daß die PAA mit Enver Hoxha an der Spitze im Kampf gegen den modernen Revisionismus in vorderster Front gestanden hat und steht.

Die modernen Revisionisten konnten jedoch die Mao-Tse-tung-Ideen da, wo diese offenkundig im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus stehen, für ihre eigenen Zwecke ausnutzen. Wenn sie — richtig — den antiproletarischen Charakter der Kulturrevolution angreifen, dann doch deshalb, weil sie, die ihren Verrat, ihre völlige Abkehr vom Marxismus-Leninismus im allgemeinen viel raffiniert zu tarnen verstehen als Mao Tse-tung, auf diese Weise versuchen, diejenigen, die dabei sind, ihren Verrat zu durchschauen, wieder fest auf ihre Seite zu ziehen. Man kann nicht abstreiten, daß sie dabei in der Vergangenheit und auch heute noch Erfolge haben. Also auch hier wieder beim KABD anstatt einer konkreten marxistisch-leninistischen Analyse ein kleinbürgerliches, dogmatisches Herangehen.

Denken wir z.B. daran, wie der KABD zum Kampf für Reformen steht. Daß etwa der KABD den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ablehnt, weil diese Forderung auch von der DKP gestellt wird. Wenn das richtig wäre, dann könnten wir uns gleich begnügen lassen, denn es gibt natürlich sehr viele Forderungen in der Arbeiterbewegung, die auch von der DKP aufgegriffen werden. Sollen wir ihr das Feld überlassen? Entscheidend ist doch, wie der Kampf geführt wird. Wird die Arbeiterklasse, werden die Massen mobilisiert oder nicht? Wird im Verlauf des Kampfes der Verrat der reaktionären Gewerkschaftsführung entlarvt und die Loslösung der Arbeiter von ihnen erleichtert oder nicht? Wird der Kampf so geführt, daß die Erkenntnis über den Charakter des bürgerlichen Bonner Staates, seines Parlaments und der darin vertretenen Parteien klarer wird oder nicht? Wird also der Kampf revolutionär oder reformistisch geführt — so steht die Frage. Und wenn das gesetzliche Verbot der Aussperrung durchgesetzt wird und das ist selbstverständlich möglich, erleichtert das nicht die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse? Etwas anderes anzunehmen, hieße doch solche sektiererischen Positionen einzunehmen, wie es sie unter dem Einfluß der Mao Tse-tung-Ideen auch einmal in unserer Partei gegeben hat.

Wir wollen hoffen, daß es den Genossinnen und Genossen des KABD gelingt, sich von solchen Vorstellungen, die dem Marxismus-Leninismus fremd sind, zu befreien. Die Diskussion über Mao Tse-tung und die Mao Tse-tung-Ideen sollte fortgesetzt werden mit der Diskussion darüber, wie wir hier bei uns den Kampf zu führen haben. Wenn wir dabei zu konkreten Ergebnissen kommen nicht nur in Worten sondern auch in der Praxis — dann wäre für unsere gemeinsame Sache viel gewonnen.

Der japanische Aufschwung bestürzt die kapitalistischen Konkurrenten in aller Welt

Das Land der Zaibatsu

Ein neues Gespenst geht um in Westeuropa und in den USA: Die Japaner kommen! Seit ihrem Vordringen auf den ersten Platz in einem so entscheidenden Bereich wie der Automobilproduktion sind die japanischen Monopole in aller Munde. In der Bundesrepublik wie auch in anderen hochentwickelten imperialistischen Ländern geht unter der herrschenden

Liest man heute Nachrichten über die wirtschaftliche Tätigkeit in Japan, so fallen immer wieder bestimmte Namen auf, die in allen möglichen Zusammenhängen genannt werden: Mitsui, Mitsubishi, Sumimoto. Diese Namen aber liest man in der japanischen Geschichte seit fast 400 Jahren, seit im 17. Jahrhundert in Tokio das Mitsui Kaufhaus eröffnet wurde.

Die Vorherrschaft des modernen Kapitalismus in der japanischen Gesellschaft wurde durch die Wiedereinsetzung der zentralen Macht des Kaiserhauses, die sogenannte Meiji-Restauration vor rund 120 Jahren signalisiert. Damals ergab eine soziologische Untersuchung, daß mehr als die Hälfte der japanischen Unternehmer aus dem höheren und niederen Adel, den Samurais, stammte. Sie begründeten ihre Stellung vor allem durch die Schaffung von großen Handelshäusern, die in allen Bereichen der Wirtschaft tätig wurden. Von dort aus wurden nach und nach die benötigten Fabriken geschaffen. Bis heute blieb diese Struktur erhalten, sind die Zentralen der mächtigsten Finanzgruppen die Handelshäuser, bzw. ihre Banken und Versicherungen.

Die Unbesiegbaren

Nach der Niederlage des faschistischen Japans im zweiten Weltkrieg bemerkte die amtliche US-amerikanische Kommission für Kriegsreparationen über die japanischen Zaibatsu:

„Japans Zaibatsu sind ein kleiner, in sich eng verschwürgerter und körperschaftlich verbundener Personenkreis, der in der neueren Geschichte Japans nicht nur den Geldmarkt, die Industrie und den Handel, sondern auch die Regierung beherrscht. Die Zaibatsu waren das größte Kriegspotential Japans. Sie waren es, die Japans Angriffe und Eroberungen möglich machten (...). Solange die Zaibatsu da sind, wird Japan ihr Japan sein.“

So wurden, bis zum Vertrag von San Francisco im Jahre 1951 die 14 Zaibatsugruppen entflochten, ihre Vertreter sollten sich jeder gesellschaftlichen Tätigkeit enthalten. Große Massendemonstrationen im ganzen Land, an denen sich fast ein Viertel der Bevölkerung beteiligte, forderten die Bestrafung dieser Kriegsverbrecher und die Beseitigung des japanischen Militarismus. Auf dieser Grundlage entstand dann auch der Artikel 9 der japanischen Verfassung, der es Japan verbietet, eine eigene Armee zu haben.

Schon fünf Jahre später, 1956 allerdings, tauchten die Zaibatsu wieder auf. In einem Konzentrationsprozeß, der an Schnelligkeit selbst jenen in den USA übertraf, holten sich die mächtigsten Zaibatsu ihre Positionen zurück. Teilweise mußten sie sich mit Emporkömmlingen teilen, die entscheidenden Namen aber bleiben: Mitsui und Mitsubishi. Zu diesen Finanzimperien gehören beispielsweise auch die größten Autokonzer-

ne: Toyota zu Mitsui und Nissan (Datsun) zu Mitsubishi. Die sechs größten Handelsgesellschaften Japans waren Ende 1974 an rund 920 der knapp über 1700 japanischen Aktiengesellschaften beteiligt, sie bestreiten fast die Hälfte des gesamten Im- und Exports des Landes und hatten ein Sechstel aller Auslandsinvestitionen selbst angelegt.

Die jährliche Zahl der Firmenzusammenschlüsse erreichte in den letzten Jahren die Zahl von rund 900, nachdem sie vorher jahrzehntelang bei 500 bis 600 gelegen hatte. Diese Entwicklung führt dahin, daß die Finanzgruppe Mitsubishi beispielsweise in ihrem Imperium 25000 verschiedene Industrieprodukte anbietet, von Nahrungsmitteln und Textilien über Autos und Panzer hin zu kompletten Atomkraftwerken.



Japanische Arbeiter beim Streik um höheren Lohn

Neben dieser besonders hohen Konzentration der Kapitalien hat der japanische Kapitalismus noch eine andere Besonderheit, die ihn, im Vergleich zum westeuropäischen Kapital, speziell auch zum westdeutschen, in eine verhältnismäßig starke Position setzt: In Japan haben die amerikanischen Dollarkönige nur sehr geringen wirtschaftlichen Einfluß. Während sie beispielsweise in der Bundesrepublik entscheidende Bereiche, wie die Energieversorgung beherrschen und in anderen, wie dem Autobau starke Positionen haben, ist dies in Japan nicht der Fall. So war Japan das einzige hochentwickelte kapitalistische Land, das von Beginn an einen Weg suchte, sein benötigtes Erdöl ohne die angloamerikanischen Multis zu bekommen, schloß frühzeitig entsprechende Verträge mit dem Iran und dem Irak. Und das Elektronikmonopol IBM, das den Computermarkt weltweit mit einem Marktanteil von fast 65 Prozent beherrscht, kam in Japan zur besten Zeit auf ca. 29 Prozent Marktanteil, und dieser Anteil sinkt.

Die Großasiatische Wohlstandszone

Unter diesem Schlagwort der kaiserlichen Propaganda fielen die japanischen Truppen vor weniger als 50 Jahren in ganz

Klasse die Furcht vor dem neuen, mächtigen Konkurrenten um. Japanische Löhne, japanische Arbeitsmoral und anderes — diese Forderungen werden an die westdeutschen Arbeiter gestellt, denn angeblich sei die Verzichtsmoralität der japanischen Arbeiter die Ursache für den Aufschwung der japanischen Wirtschaft.

Ostasien ein, versklavten die Völker Koreas und Chinas und wurden zur zweiten Macht der barbarischen faschistischen Achse, die von Berlin nach Tokio ging.

Offiziell verwendet wird dieser Begriff heute nicht mehr. Nur noch von den 120000 organisierten Faschisten, die bekanntermaßen besonders gute Verbindungen zu den kriminellen Banden des Landes und zum sogenannten Seirankai-Flügel der Regierungspartei haben. Aber die Tätigkeit der japanischen Monopole und des Staates weist daraufhin, daß dieser alte Traum weiter verfolgt wird, daß die Tokioter Imperialisten Nummer eins in Asien sein wollen.

Das zeigt sich auch an der Verteilung der japanischen Auslandsinvestitionen: 45 Prozent sind in Asien angelegt, 23 Pro-

zent in den USA, bisher nur 12 Prozent in der EG. Die europäischen Monopole haben im Gegensatz zu den öffentlichen Behauptungen in den Medien einen breiten Schutzwall gegen die japanische Konkurrenz errichtet. So sind 51 Produktgruppen der japanischen Industrie in der EG mit besonderen Zöllen verbunden, während das umgekehrt nur in vier Gruppen der Lederindustrie der Fall ist. Im ersten Halbjahr 1980 wurden von den Monopolen der EG mehr als 3000 Anträge auf Importbeschränkungen gestellt, die sich vor allem gegen japanische Produkte richteten. So exportiert Japan denn auch 48 Prozent seiner Gesamtausfuhr in Entwicklungsländer, die Bundesrepublik vergleichsweise nur 15 Prozent.

Der Grund für den japanischen Aufschwung liegt also auch nicht, wie ebenfalls oft behauptet wird, in dem unbegrenzten Export Japans, das seinerseits die Konkurrenz übermäßig beschränken würde. Dieses Argument dient den westeuropäischen Monopolen lediglich als Vorbereitung zu einem regelrechten Handelskrieg.

Der heimliche Aufmarsch

Die japanischen „Selbstverteidigungskräfte“, deren Bildung der Ausweg der Zaibatsu aus dem Riegel des Artikels 9 war, sind heute längst zu einem neuen Militärfaktor in Asien gewor-

den. Mit 240000 Soldaten, 700 Mitsubishi-Panzern („Der beste der Welt“) und fast 400 modernen Kampfflugzeugen ist diese „Nichtarmee“ heute bereits wieder die schlagkräftigste Asiens. Seit 1978 wird von den Monopolen immer offener ein Kurs auf Militarisierung gesteuert. Der Freundschaftsvertrag mit China, der 1978 abgeschlossen wurde, beseitigte das letzte internationale Hemmnis dafür. Ein Vertrag übrigens, dessen Wortlaut identisch ist mit dem Entwurf den Keidanrai, der wichtigste Unternehmensverband, ausgearbeitet hatte.

Vor zwei Jahren vertrat die Regierung erstmals die Forderung nach taktischen Atomwaffen für Japan, im Herbst dieses Jahres verlangte der Justizminister öffentlich die Beseitigung des Artikels 9 der Verfassung. Gedeckt wird dies alles durch den 1960 abgeschlossenen Sicherheitsvertrag mit den USA, gegen den sich der Kampf aller demokratischen und friedliebenden Kräfte des Landes richtet, gegen den auch die Kommunistische Partei Japans (Linke) zahlreiche Aktionen organisiert.

So sollen jetzt in den nächsten fünf Jahren jeweils zwei Milliarden Mark für den weiteren Ausbau der Flotte, die heute schon die achtgrößte der Welt ist, ausgegeben werden, um, wie es heißt, die Transportwege in Asien zu sichern.

Im militärischen Bündnis mit den USA und der VR China sehen die japanischen Militäristen erneut die Möglichkeit, ihren Herrschaftsanspruch zu verwirklichen. Ausgerechnet China, dessen Bevölkerung so sehr unter dem japanischen Militarismus gelitten hat und so heldenhaft gegen ihn kämpfte, stellte so den japanischen Großmachtpolitikern einen Persilschein aus. Peking ermutigt auch Japans Revanchisten, die Rückgabe der Kurileninseln zu fordern, die laut Friedensvertrag von 1952 an die UdSSR gegeben werden mußten.

Der neue Freund des Tenno

Die japanischen Arbeiter, in der westdeutschen Propaganda die Hauptverursacher des Aufschwungs durch ihre geringen Ansprüche, sind gar nicht so anders als andere: von jeher kämpfen sie um die Verbesserung ihrer Lebenslage und es gab, in den 50er Jahren verschiedene Streiks, vor allem in den Kohlebergwerken, die fast ein Jahr andauerten, und teilweise erfolgreich abgeschlossen wurden.

Der größte Gewerkschaftsverband, die Sohyo, zählt 4,5 Millionen Mitglieder und hat den Kampf um die Einheitsgewerkschaft auf der Basis von Industriegewerkschaften auf ihr Banner geschrieben, denn hier wird die größte Schwäche der Gewerkschaftsbewegung sichtbar: zwar sind nahezu 13 Millionen Menschen Mitglieder in den Gewerkschaften, der Organisierungsgrad ist nicht wesentlich

LÄNDER DER WELT



Japan

Die japanische Inselkette hat mit rund 370 000 Quadratkilometern eine Fläche, die etwa anderthalbmal so groß ist wie die der Bundesrepublik. Die Bevölkerungszahl beträgt mit 113 Millionen fast das Doppelte.

Japan, von der Staatsform her eine konstitutionelle Monarchie, ist einer der höchstentwickeltesten kapitalistischen Industriestaaten der Welt. So ist im Raum Tokio/Osaka, in dem sich 65 Prozent der japanischen Industrieproduktion konzentrieren, jeder dritte Einwohner Industriearbeiter.

Im Schiffbau, der Feinoptik, der Unterhaltungselektronik und seit neuestem auch im Automobilbau ist Japan weltweit führend. Spitzenpositionen werden auch in der Maschinenbauindustrie und in der chemischen Industrie erreicht. Der Vormarsch der japanischen Monopole ist im wesentlichen in dem ungeheuer hohen technischen Stand der Produktion begründet: Die erste Autofabrik der Welt, die nahezu ausschließlich mit Robotern produziert, steht in Japan. Ein erst kürzlich angemeldetes Patent wird in Zukunft für einen wahren Dammbuch sorgen: Ein neuer Mikroprozessor, der auf einem Quadratzentimeter beinahe eine Million Funktionen durchführen kann, wurde jetzt entwickelt.

Die besonders offene Zusammenarbeit von Staat, Parteien und Unternehmensverbänden ist für Japan charakteristisch. Die seit 25 Jahren regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) entstand 1955 auf Druck der vier großen Unternehmensverbände durch den Zusammenschluß der Liberalen und der Demokratischen Partei. In dieser Partei führen ganz offen die Vertreter der großen Finanzgruppen die politischen Geschäfte an.

Zweitgrößte Partei im Lande ist die Sozialistische Partei Japans, weitere wichtige Parteien im Parlament sind die rechte Komeito-Partei und die revisionistische Kommunistische Partei Japans.

Der Wähler, die Parteien ist nicht wesentlich anders als etwa in der Bundesrepublik. Aber sie sind vor allem nach dem Prinzip der Betriebsgewerkschaft organisiert, von denen es rund 70000 in Japan gibt.

Trotzdem haben sie manche Erfolge errungen, die sie besser leben lassen als ihre westdeutschen Kollegen. Wenn die bürgerliche Propaganda behauptet, der japanische Arbeiter arbeite 40 Tage mehr im Jahr so „vergißt“ sie zu erwähnen, daß in nahezu der Hälfte aller Großbetriebe das Rentenalter 55 Jahre beträgt, bei den anderen zwischen 57 und 60 Jahren. Wenn von geringerem Lohn die Rede ist, so trifft das wohl auf die Beschäftigten in den kleinen Betrieben zu, nicht aber in den Großbetrieben, wo durch die wesentlich geringeren Abgaben der Nettolohn etwa dem bundesdeutschen entspricht. Und auch wesentlich größere Garantien gegen Entlassungen stehen auf der Liste der Errungenschaften japanischer Arbeiter.

Und auch politisch hat sich die Lage erst durch den revisionistischen Kurs der KP Japans einigermaßen „beruhigt“. Sie, die bei den letzten Wahlen knapp unter 10 Prozent der Stimmen fiel und rund 450000 Mitglieder hat, stand früher an der Spitze des Kampfes gegen den japanischen Militarismus. Seit dem Parteitag von 1966 steuert die Partei einen Kurs, der dem der sogenannten Eurokommunisten vergleichbar ist, verteidigt voll die Ziele der japanischen Monopole, den Sicherheitsvertrag mit den USA ebenso, wie die Forderung nach Rückgabe der Kurilen, also der Revision des Friedensvertrages mit der UdSSR.

Rund ein Viertel der Wähler steht hinter der linkssozialdemokratischen Sozialistischen Partei Japans, die etwa 50000 Mitglieder hat.

Durch das ungerechte Wahlsystem sind so rund 37 Prozent

der Wähler, die Parteien ist nicht wesentlich anders als etwa in der Bundesrepublik. Aber sie sind vor allem nach dem Prinzip der Betriebsgewerkschaft organisiert, von denen es rund 70000 in Japan gibt.

Trotzdem haben sie manche Erfolge errungen, die sie besser leben lassen als ihre westdeutschen Kollegen. Wenn die bürgerliche Propaganda behauptet, der japanische Arbeiter arbeite 40 Tage mehr im Jahr so „vergißt“ sie zu erwähnen, daß in nahezu der Hälfte aller Großbetriebe das Rentenalter 55 Jahre beträgt, bei den anderen zwischen 57 und 60 Jahren. Wenn von geringerem Lohn die Rede ist, so trifft das wohl auf die Beschäftigten in den kleinen Betrieben zu, nicht aber in den Großbetrieben, wo durch die wesentlich geringeren Abgaben der Nettolohn etwa dem bundesdeutschen entspricht. Und auch wesentlich größere Garantien gegen Entlassungen stehen auf der Liste der Errungenschaften japanischer Arbeiter.

Und auch politisch hat sich die Lage erst durch den revisionistischen Kurs der KP Japans einigermaßen „beruhigt“. Sie, die bei den letzten Wahlen knapp unter 10 Prozent der Stimmen fiel und rund 450000 Mitglieder hat, stand früher an der Spitze des Kampfes gegen den japanischen Militarismus. Seit dem Parteitag von 1966 steuert die Partei einen Kurs, der dem der sogenannten Eurokommunisten vergleichbar ist, verteidigt voll die Ziele der japanischen Monopole, den Sicherheitsvertrag mit den USA ebenso, wie die Forderung nach Rückgabe der Kurilen, also der Revision des Friedensvertrages mit der UdSSR.

Rund ein Viertel der Wähler steht hinter der linkssozialdemokratischen Sozialistischen Partei Japans, die etwa 50000 Mitglieder hat. Durch das ungerechte Wahlsystem sind so rund 37 Prozent

der Wähler, die Parteien ist nicht wesentlich anders als etwa in der Bundesrepublik. Aber sie sind vor allem nach dem Prinzip der Betriebsgewerkschaft organisiert, von denen es rund 70000 in Japan gibt. Trotz dem haben sie manche Erfolge errungen, die sie besser leben lassen als ihre westdeutschen Kollegen. Wenn die bürgerliche Propaganda behauptet, der japanische Arbeiter arbeite 40 Tage mehr im Jahr so „vergißt“ sie zu erwähnen, daß in nahezu der Hälfte aller Großbetriebe das Rentenalter 55 Jahre beträgt, bei den anderen zwischen 57 und 60 Jahren. Wenn von geringerem Lohn die Rede ist, so trifft das wohl auf die Beschäftigten in den kleinen Betrieben zu, nicht aber in den Großbetrieben, wo durch die wesentlich geringeren Abgaben der Nettolohn etwa dem bundesdeutschen entspricht. Und auch wesentlich größere Garantien gegen Entlassungen stehen auf der Liste der Errungenschaften japanischer Arbeiter. Und auch politisch hat sich die Lage erst durch den revisionistischen Kurs der KP Japans einigermaßen „beruhigt“. Sie, die bei den letzten Wahlen knapp unter 10 Prozent der Stimmen fiel und rund 450000 Mitglieder hat, stand früher an der Spitze des Kampfes gegen den japanischen Militarismus. Seit dem Parteitag von 1966 steuert die Partei einen Kurs, der dem der sogenannten Eurokommunisten vergleichbar ist, verteidigt voll die Ziele der japanischen Monopole, den Sicherheitsvertrag mit den USA ebenso, wie die Forderung nach Rückgabe der Kurilen, also der Revision des Friedensvertrages mit der UdSSR. Rund ein Viertel der Wähler steht hinter der linkssozialdemokratischen Sozialistischen Partei Japans, die etwa 50000 Mitglieder hat. Durch das ungerechte Wahlsystem sind so rund 37 Prozent

Helmut Weiss

Dramatische Entwicklung in Polen

Moskau droht mit Einmarsch

Umfassende Säuberung in der polnischen Partei

WARSAU. — Die politische Krise in Polen hat sich in der vergangenen Woche weiter zugespitzt. Das Zentralkomitee der revisionistischen Partei wandte sich mit einem dramatischen Appell an die

Der ZK-Tagung vorausgegangen war eine neue Kraftprobe zwischen der Partei und dem Gewerkschaftsbund „Solidarität“, die letzterer für sich entscheiden konnte. Mit einem Streik im Warschauer Großbetrieb Ursus war die Freilassung von zwei Mitarbeitern der Gewerkschaft erzwungen worden, die zuvor wegen der Verbreitung eines internen Papiers des polnischen Generalstaatsanwaltes verhaftet worden waren. Auch in anderen Regionen des Landes war es immer wieder zu Streikaktionen gekommen, die teils wirtschaftlichen, teils politischen Charakter hatten.

Deutlicher als je zuvor ließen sich in den letzten Tagen die sowjetischen Oberherren Polens mit Drohungen sowohl gegen das polnische Volk wie auch gegen die Warschauer Parteiführung vernehmen. So forderte der Kreml die polnischen „Verbündeten“ demonstrativ dazu auf, für die „Festigung der Sicherheit und der sozialistischen Solidarität“ zu sorgen. Hatte man früher angesichts der Entwicklung in Polen nur andeutungsweise an die sowjetische Intervention 1968 in der Tschechoslowakei erinnert, so wurden jetzt in der Moskauer, Prager und Ostberliner Presse ganz offen Parallelen zwischen den Ereignissen in der damaligen Tschechoslowakei und denen im heutigen Polen gezogen.

Und den Worten ließen die

Kreml-Führer auch Taten folgen. In der DDR, wo gegenwärtig 19 sowjetische Divisionen stehen, wurden die Grenzgebiete zu Polen in einer Tiefe von 40 Kilometern zum Sperrgebiet erklärt; die sowjetische Republik Litauen, die an Polen grenzt, wurde für Ausländer gesperrt; in Bukarest trafen die Kriegsminister des Warschauer Pakts zusammen. Unklar war bis zum Redaktionsschluß, ob es tatsächlich Truppenkonzentrationen in der Sowjetunion und der DDR an den Grenzen zu

Bevölkerung, in dem es unter anderem heißt: „Das Schicksal der Nation und des Landes steht auf dem Spiel.“

Polen gegeben hat. Entsprechende westliche Berichte wurden von Moskau demontiert. In jedem Fall aber ist die Absicht der sowjetischen Sozialimperialisten eindeutig: Sie wollen in Polen Angst vor einem neuen Prag schüren. Sie wollen dem polnischen Volk demonstrieren, daß sie noch immer die wirklichen Herren im Lande sind und daß sie keine Entwicklung dort dulden werden, die ihre imperialistischen Interessen massiv gefährden würde.

Auch die andere Super-

macht heizte kräftig die Kriegsstimmung an. Carter richtete wiederholt Drohungen in ungewöhnlich scharfer Form an die Adresse des Kremls. Eine sowjetische Intervention in Polen würde „die schwersten und widrigsten Folgen nach sich ziehen.“ Außenminister Muskie verschärfte diese Drohungen noch weiter, indem er ausdrücklich militärische Reaktionen der USA auf eine mögliche sowjetische Intervention nicht ausschließen wollte. Die amerikanischen Imperialisten sind aber

keinesfalls um das Wohl des polnischen Volkes besorgt. Sie wollen die wirtschaftliche und politische Krise in Polen nur dazu ausnutzen, ihre sowjetischen Konkurrenten zu schwächen und ihren eigenen Einfluß in diesem Land zu stärken.

In dieser Situation trat das ZK der revisionistischen Partei Polens zu seinem Plenum zusammen. Die Ergebnisse dieser Tagung drängen den Vergleich mit dem Jahre 1970 auf, als zum ersten Mal ein Arbeiteraufstand das Regime erschütterte. Damals wurde die führende Gomulka-Clique abgesetzt und zum Sündenbock gemacht. Heute ist das gleiche Schicksal der Gierak-Clique widerfahren. Von den im Februar dieses Jahres gewählten 14 Politbüromitgliedern sind jetzt, nach dem Plenum, noch ganze vier im Amt. Gierak und seine engsten Gefolgsleute haben alle Parteiämter verloren, zum Teil wurden Strafverfahren gegen sie eingeleitet.

In der Sache aber hat sich am Kurs der revisionistischen Partei nichts geändert.

Die Auslandsverschuldung zum Beispiel wird auf neue Rekordhöhen getrieben; den Werktätigen Polens stellte das ZK eine Rationierung von Fleisch und die Einführung von Lebensmittelkarten in Aussicht. Das Land könne sich „keine einzige Stunde der zerstörerischen Streiks mehr leisten“, hieß es im Appell des Zentralkomitees. Stattdessen sollten sich die Werktätigen „mit aller Energie und allen Kräften“ der produktiven Arbeit zuwenden. Auch das hatte seinerzeit schon Gierak nach dem Aufstand vor zehn Jahren gefordert.

In der Absage an künftige Streikaktionen steckt natürlich auch eine massive Drohung gegen die Arbeiterklasse. Parteichef Kania wurde vom ZK zwar in seiner Duldung der Gewerk-

schaftsbewegung „Solidarität“ bestätigt. Zugleich machte das ZK aber deutlich, daß auf neue Kampfkationen der Arbeiterklasse mit Härte reagiert würde. Eine Bestätigung dafür ist auch die Tatsache, daß ein alter Gomulka-Mann aus der Versenkung geholt und ins Politbüro gehievt wurde: General Moczar, als Innenminister unter Gomulka für die brutale Unterdrückung der Werktätigen verantwortlich. Manche Beobachter sehen zudem in Moczar einen besonders engen Vertrauten des Kremls.

Den Drohungen gegen die Arbeiterklasse steht das offene Bekenntnis des Zentralkomitees zu einer „Erweiterung der Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche“ gegenüber. Noch vor dem Plenum war mit Jerry Ozdowski ein Vertreter der katholischen Laienbewegung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gemacht worden. Der Vatikan darf sein reaktionärstes Organ „L'Osservatore Romano“ nunmehr in polnischer Sprache auch in Polen verbreiten. Papst Wojtyla selbst mischt sich immer offener direkt in die Angelegenheiten des Landes ein, indem er etwa den Arbeitern vorzuschreiben versucht, welche Haltung sie gegenüber dem Regime einzunehmen hätten, oder indem er den „Chefberater“ des Gewerkschaftsbundes „Solidarität“ zu Instruktionssprachen empfängt.

Die neue polnische Führungselite redet zwar immer häufiger von „antisozialistischen Kräften“, die im Lande wühlen würden. Der reaktionäre Klerus aber kann damit kaum gemeint sein, für ihn gibt es nur lobende Worte. Es ist offensichtlich, daß die Spitzen der revisionistischen Partei mehr denn je das Bündnis mit dem Klerus gegen die Werktätigen suchen.



Solidaritätsstreik im „Ursus“-Werk

Prozeß gegen die „Viererbande“

Deng nimmt Rache

PEKING. — Der Prozeß gegen die sogenannte „Viererbande“ sowie Anhänger des früheren Mao-Stellvertreters Lin Biao kommt nach Berichten westlicher Korrespondenten „überraschend schnell voran“. Das Tempo der Verhandlungen sollte jedoch niemanden wundern.

Denn, was hier im Herzen Pekings hinter verschlossenen Türen abläuft, ist eine Prozeß-Farce, deren Ausgang schon von vornherein feststeht. Die „Volkszeitung“, das Organ der revisionistischen Partei Chinas, machte aus dieser Tatsache nicht einmal ein Hehl. In keinem einzigen Fall, so war dort zu lesen, werde es ein „Nicht schuldig“ für einen der Angeklagten geben. Und um den Ausgang der Verhandlungen noch deutlicher zu machen, wurde eine Karikatur abgedruckt: Sie zeigt die Angeklagten in einem Sarg, dessen Deckel sich gerade schließt.

Strittig war innerhalb der jetzt in China herrschenden Cliquen nie das Ergebnis des Prozesses, sondern nur der Zeitpunkt seiner Durchführung. Immerhin sind ja seit der Verhaftung der „Viererbande“ vier Jahre, seit der Verhaftung der Lin-Biao-Leute gar zehn Jahre vergangen. Und auch jetzt noch hat der Parteichef Hua versucht, den Prozeß noch weiter hinauszuschieben. Er ist mit dieser Absicht allerdings an seinem nominellen Stellvertreter Deng, dem starken Mann des gegenwärtigen Chinas, gescheitert.

Das Gerangel um den Termin der Verhandlungen hat sei-

ne Ursache im Gegenstand des Prozesses selbst. Angeklagt sind zwei der vielen Gruppierungen, die in den vergangenen Jahrzehnten am Kampf um die Macht in China beteiligt waren — einem Kampf, der mit allen Mitteln ausgefochten wurde. Da sind einmal die Lin-Biao-Leute, denen vorgeworfen wird, sie hätten 1970 durch ein Attentat Mao Tse-tung beseitigen und die Herrschaft über China mit Hilfe der Sowjetunion an sich reißen wollen. Lin Biao selbst soll nach dem gescheiterten Putschversuch mit seinen engsten Mitverschwörern bei der Flucht in die Sowjetunion umgekommen sein.

Als Gefolgsmann Lin Biaos steht jetzt auch ein längst Totgeklauener vor Gericht: Chen Boda, langjähriger Privatsekretär Maos, Autor von vielen Reden und Artikeln des früheren Parteichefs und sicher einer der wichtigsten Ideologen des Maoismus. Chen war 1970 unter ungeklärten Umständen von der Bildfläche verschwunden und drei Jahre später als „Trotzkist“ aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die zweite Gruppe der Angeklagten — ihr gilt das Hauptinteresse in diesem Prozeß — ist die „Viererbande“, das füh-

rende Zentrum der sogenannten Kulturrevolution. Die Anklagepunkte gegen sie sind äußerst dubios und widersprüchlich. Angeblich werden der „Viererbande“ ausschließlich „kriminelle Delikte“ vorgeworfen. Das betonte jedenfalls der neue Generalsekretär der chinesischen Partei, Hu Yaobang (ein enger Gefolgsmann Dengs), gegenüber einem neuen Freund der Peking Revisionisten, dem spanischen Vorreiter des „Eurokommunismus“, Carrillo. Auch der Chefankläger Huang beteuerte den angeblich völlig unpolitischen Charakter des Prozesses.

Die Anklage jedoch enthält nahezu ausschließlich politische Vorwürfe. So wurde der „Viererbande“ unter anderem vorgeworfen: Hochverrat, Ausübung einer faschistischen Diktatur, Verfolgung von Funktionären der Partei, Vorbereitung zum bewaffneten konterrevolutionären Umsturz usw. Das Mißverhältnis zwischen der Anklage und der ständigen Beteuerung, es ginge nur um individuelle kriminelle Akte der Angeklagten, macht das Dilemma der gegenwärtigen Parteiführung deutlich. Abgerechnet werden soll ja mit der Periode der sogenannten Kulturrevolution, die von den heutigen Machthabern als „faschistische Diktatur“ bezeichnet wird.

Tatsächlich hat die „Viererbande“ seinerzeit das Chaos der sogenannten Kulturrevolution ausgelöst, um ihre eigenen Posi-

tionen im Machtapparat zu stärken und die ultrareaktionären Elemente wie Liu oder Deng auszuschalten. Nur, wer stand denn an der Spitze dieser Bewegung, wer war der „Große Steuermann der Kulturrevolution“? Niemand anders als Mao Tse-tung. Und man könnte noch weiter fragen: Wer war damals für die Staatssicherheit verantwortlich und damit ja auch für die Ausübung der angeblich faschistischen Diktatur? Das war Hua Guofeng, der heutige Parteichef. Aus dieser Tatsache wird ersichtlich, warum gerade Hua ein so großes Interesse an der Verschiebung des Prozesses hatte. Denn wie sich die heute herrschende Clique in Peking auch dreht und wendet: Sie kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Mao für all die der „Viererbande“ zur Last gelegten Verbrechen die Hauptverantwortung trug und daß Hua sowie andere hohe Funktionäre daran beteiligt waren.

Im Prozeß selbst wird jetzt versucht, diese Tatsache mit allen Mitteln der Manipulation zu verschleiern. So ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden, weil — so die offizielle Begründung — „zu viele Staatsgeheimnisse zur Sprache kommen“. Anwesend sind nur ausgewählte Zuschauer, in der Regel „Opfer der Kulturrevolution“, also Anhänger von Deng. Nur einzelne Bruchstücke der Verhandlungen werden vom Fernsehen übertragen. In der vergangenen Woche stand offenbar Deng höchstpersönlich als prominentestes dieser Opfer im Mittelpunkt der Verhandlungen.

Es ging dabei um einen „konspirativen Plan“, den die sogenannte Viererbande im Jahr 1974 gegen Deng ausge-

heckt hätte. Zum Verständnis dieser Vorgänge muß gesagt werden, daß sich ja gerade in der Karriere Dengs das Auf und Ab im Kampf der verschiedenen



Deng Hsiao-Ping

antimarxistischen Cliquen um die Macht in China widerspiegelt. 1967 wurde Deng, bis dahin Generalsekretär der Partei, als reaktionäres Element davongejagt. 1973 schon machte Mao diese richtige und notwendige Tat wieder rückgängig und holte Deng in den Schoß der Führungsspitze zurück. Drei Jahre später jedoch wurde Deng erneut abgesetzt und konnte erst nach Maos Tod und der Ausschaltung der „Viererbande“ seinen Aufstieg fortsetzen. Im Jahr 1974 nun ging es darum, daß Deng das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten anstrebe. Der „konspirative Plan“ der Viererbande bestand darin, daß eines ihrer Mitglieder zu Mao eilte und gegen diesen Plan Dengs protestierte. Die Verhandlungsführung im Peking-Gerichtsgebäude brachte die ganze Rachsucht der Deng-Leute denen gegenüber zum Ausdruck, die zeitweilig ihre Karriere stoppten.

Und der ganze Prozeß ist so

inszeniert worden, daß die Absichten dieser Leute voll zum Tragen kommen. Zwei Angehörige der „Viererbande“ — Wang und Yao — werden als Kronzeugen aufgebaut und gegen die anderen eingesetzt. Sogenannte Zeugen treten auf, die vorbereitete und oft bis aufs Wort identische Manuskripte verlesen und nach ihren „Aussagen“ auch nicht weiter befragt werden. Die Anwälte haben sich bis zum Wochenende nicht ein einziges Mal zu Wort gemeldet. So ist dieser Prozeß ein gut vorbereitetes und in jeder Phase von den Deng-Leuten kontrolliertes Schauspiel.

Und was die oben angesprochene Rolle von Mao oder Hua angeht, so ist es sicher nicht von der Hand zu weisen, daß es Deng durchaus recht ist, wenn der „Große Steuermann“ und sein Nachfolger im Amt des Parteichefs sozusagen unausgesprochen mit auf der Anklagebank sitzen. Denn durch dieses Manöver kann er seine eigene Position stärken und der Hua-Clique, mit der er bei der Ausschaltung der „Viererbande“ ein Bündnis eingegangen ist, das Wasser noch weiter abgraben. Deng konnte ja kürzlich schon einen seiner engsten Gefolgsleute, Hu Yaobang, zum Generalsekretär der Partei machen. Und es wird heute schon in Peking offen darüber geredet, daß dieser Hu über kurz oder lang der Nachfolger von Hua sein wird. Damit wäre unter die erbitterten Machtkämpfe in der chinesischen Führung ein vorläufiger Schlußstrich gesetzt — die reaktionärsten Elemente, die sowohl für eine faschistische Diktatur im Innern wie auch für einen Kurs äußerster Aggressivität nach außen stehen, hätten sich dann durchgesetzt.

Die „Bild“-Zeitung und der Augenzeuge

Man ist ja von der „Bild“-Zeitung einiges gewohnt. Man weiß, daß die „Bild“-Leute ohne jeden Skrupel die Wahrheit verfälschen. Daß sie denen, die sich mit ihnen einlassen, das Wort im Munde umdrehen.

Was sich jedoch jüngst in Stuttgart ereignete, verschlägt auch dem Kenner der „Bild“-Methoden die Sprache. Es ging dabei um den brutalen Einsatz der Polizei gegen eine Friedensdemonstration (der „RM“ berichtete darüber). Klar, daß „Bild“ aus den Demonstranten Racker und Randalierer machte. Das ist ja der übliche Stil dieses Hetzblattes. Doch dabei beließen es die Fälscher aus dem Hause Springer nicht. Sie präsentierten auch noch einen Augenzeugen für den „Terror“ der Friedensdemonstranten.

Und das las sich dann so: „In der Disco ‚Liberty Star‘ randalieren 25 Demonstranten, wer-

fen drei Scheiben ein. CDU-Politiker Conradi: ‚Es war wie in einem Rackerfilm, das habe ich noch nie gesehen‘.“

Besagter Conradi hatte tatsächlich mit einem „Bild“-Reporter gesprochen. Er ist zwar kein CDU-Politiker, sondern auf dem linken Flügel der SPD



Polizeieinsatz gegen Friedensdemonstration in Stuttgart

angesiedelt. Und er hatte sich auch nicht über angeblich randalierende Demonstranten geäußert, sondern sich über die Polizeitruppen empört, die rücksichtslos mit Motkrädern in die Menge fuhren. Und das hatte Conradi tatsächlich gesagt: „Der Einsatz gegen die harmlosen Leute war wie in einem Rackerfilm. So stelle ich mir Polizeieinsätze in Südamerika vor.“

Affäre Ertl — 2. Teil

In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ hatten wir über die Bemühungen des Landwirtschaftsministers Ertl für den Verpackungskonzern und Milchtütenhersteller Tetra Pak berichtet. Ertl hatte die Absicht seines Amtskollegen Baum zu Fall gebracht, die jetzt gebräuchlichen Tüten durch Pfandflaschen zu ersetzen. Tetra Pak hatte sich dafür mit einer großzügigen Spende an Ertl erkenntlich gezeigt.

Inzwischen ist ein weiteres dunkles Geschäft des Ministers ruchbar geworden. Beteiligt daran waren der Münchner Kaufmann Walter Schöll, ein enger Freund von Franz Josef Strauß, und der Frankfurter Un-

ternehmer Schröder, Mitglied der SPD. Schöll selbst sagte in der vorletzten Woche aus: „Ich bin zweimal zu Ertl nach Bad Wiessee gefahren und habe ihm jeweils 15000 Mark in großen Scheinen gegeben.“

Die großen Scheine stammten von Schröder, der im Jahre 1969 eine Idee ausgebrütet hatte, wie er sich am Butterberg bereichern könnte. Er ließ sich damals von Schöll einen Termin mit Ertl arrangieren und trug dem Minister seinen Plan vor. Schröder wollte Butter nach Italien verschleusen und dafür Subventionen von der Bundesregierung kassieren. Weil aber ein derartiges Geschäft ein Ver-

stoß gegen die Bestimmungen der EG war, sollte es als Entwicklungshilfe getarnt werden. Ertl war von der Sache angetan. Es wurde ausgemacht, daß 8000 Tonnen Butter aus den westdeutschen Beständen abgezweigt werden sollten, pro Kilo mit 1,58 Mark subventioniert.

Schröder zahlte an Schöll, der ihm das lukrative Geschäft vermittelt hatte, eine Provision in Höhe von 120000 Mark; Schöll wiederum gab — wie es vereinbart worden war — ein Viertel dieser Summe an Ertl weiter. Das Geschäft allerdings kam dann doch nicht zustande. Denn ganz so neu war der von Schröder ausgetüftelte Plan nun doch nicht. Schon Ertls Amtsvorgänger Höcherl hatte ähnliche Geschäfte betrieben. Deshalb roch schon 1971 der Bundesrechnungshof Lunte. Die Sache wurde zu heiß. Der große Butter-Coup mußte abgeblasen werden.

Schröder aber ging dennoch nicht leer aus. Er erklärte später, „daß man mich in ein Provisionsgeschäft drängte, damit ich stillhalte. So erhielt ich schließlich eine Sondergenehmigung für Schweine aus der DDR, wobei ich bei 70000 importierten Schweinen eine Provision von sage und schreibe 170000 Mark erhielt.“

Aber was ist aus jenen 30000 Mark „in großen Scheinen“ geworden, die Ertl seinerzeit kassiert hat? CSU-Mann Schöll behauptet, das Geld sei zurückgezahlt worden. Demgegenüber berichtete der „Spiegel“ in der vergangenen Woche von einer Erklärung des Schröder-Sohnes Robert, in der es heißt: „Was Schöll behauptet, stimmt nicht. Weder von der FDP noch von Ertl haben wir jemals einen Pfennig zurückerhalten.“

Rassistische Hetze gegen Sinti

Gibt es bei der deutschen Polizei schon wieder Zigeunerspezialisten, vergleichbar mit der Zigeunerpolizei des Dritten Reiches und der Landfahrerzentrale nach dem Kriege? Diese Vermutung sprach Romani Rose, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti, vor einigen Tagen aus. Und die Anzeichen sprechen durchaus dafür.

In einem Volkshochschulkurs in Friedberg traten zwei Kriminalkommissare und ein Beamter des Bundeskriminalamtes (BKA) auf, um zu dem Thema „Minderheiten unter uns — am Beispiel der Zigeuner“ aus der Sicht der Polizei Stellung zu nehmen. Wie die Protokollführerin notierte, legten sie Aktenmaterial vor, in denen farbige Fotos nackter Zigeunerfrauen enthalten waren. Außerdem legten sie angeblich beschlagnahmtes „zigeunertypisches“ Einbruchswerkzeug vor.

Im Stil der Hitler-Faschisten versuchten sie die rassistische Hetze zu verbreiten, die Sinti seien überwiegend arbeitsscheu und neigten allesamt zur Kriminalität.

Der Verband Deutscher Sinti und die Gesellschaft für bedrohte Völker haben gegen die Polizisten Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht und ihre sofortige Suspendierung gefordert. Sie verlangen die umgehende Aufklärung der Vorfälle und die Gründung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.



Bis heute verfolgt

Die Pressesprecher der Frankfurter Polizei und des BKA, Hans Neitzel bzw. Niels Reuter, versuchten, jede Verantwortung ihrer Behörden abzustreiten und das Verhalten der Beamten als „privates Vorgehen“ darzustellen. Heftig ins Schwimmen gerieten sie bei der Frage, wie die Beamten denn in den Besitz des Aktenmaterials gekommen seien. Sie wollten nicht einmal wissen, wo denn dieses Material gelagert wird. Bei all diesen Versuchen blieb doch ein ungeheuerliches Eingeständnis zurück, und das in einer Darstellung, die Neitzel offenbar als besonders unverfänglich ansah. Er erklärte, es müsse sich wohl um Bilder handeln, mit denen normalerweise jungen Beamten demonstriert werden soll, mit welchen Mitteln verdächtige Frauen bei Gegenüberstellungen die ermittelnden Beamten abzulenken ver-

suchten! Welche Perversität spricht schon aus dieser Darstellung!

Die Zigeuner sind speziell in Deutschland bis auf den heutigen Tag immer verfolgt worden. In ihrer Arbeit schreibt Frau Martins: „... ein das Überleben garantierender Schutzmechanismus der Zigeuner besteht in der Regel, keine Information, ausgenommen gezielte Falschinformationen, über ihre Sprache, ihre soziale und politische Organisation, ihr Weltbild, ihre Kunst, generell ihre Kultur an Außenstehende zu vermitteln.“ Die „Kriminalisten“ merken an: „Das heißt gezielt konspiratives Verhalten einer kriminellen Vereinigung!“ Weiter vertraten sie die Meinung, die Zigeuner hätten bis heute nicht „kapiert“, daß sie arbeiten müßten, und „frühere Sondergesetze“ gegen die Sinti seien „aus dem Zeitgeist verständlich“ und „nicht inhuman“!

Genausowenig paßt ihnen natürlich auch die Feststellung: „Die Geschichte der Zigeuner in Deutschland ist auch die Ge-

Tips

Montag, 15. Dezember
21.20 Uhr, ZDF

Die Faust in der Tasche. Max Willutzki erzählt in diesem Film die Geschichte eines Jugendlichen, der nach Beendigung seiner Lehre entlassen wird. Mit Ernst Hannawald, Ursula Monn und Manfred Krug.

Dienstag, 16. Dezember
21.20 Uhr, ZDF

München: ein Zufall? Renate Juszig und Lea Rosh untersuchen ausgehend vom Massaker in München den Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Dienstag, 16. Dezember
20.00 Uhr, ARD

Report. Für diese Ausgabe des Magazins ist ein Bericht über den Kampf um ein neues Stahlwerk bei Hoesch in Dortmund angekündigt.

Dienstag, 16. Dezember
21.45 Uhr, WDR II

Schauplatz Bottrop-Ebel. Gabriele Voss und Christa Donner berichten über Frauen schicksale im Ruhrgebiet.

Dienstag, 16. Dezember
21.45 Uhr, NDR III

Der Tod eines Killers. In einigen Wochen ist es soweit: Ronald Reagan tritt sein Amt als Präsident der USA an. Für die Fernsehzuschauer im NDR-Bereich bietet sich heute die Gelegenheit, den neuen Präsidenten in dem ihm angemessenen Milieu zu sehen, in einem Gangsterfilm.

Mittwoch, 17. Dezember
20.15 Uhr, ARD

Kaiserhofstraße 12. Ann Ladiges und Rainer Wolffhardt haben diesen Film nach dem gleichnamigen Roman von Valentin Senger gedreht. Senger hat darin seine eigenen Erlebnisse als jüdischer Jugendlicher unter der Hitler-Diktatur verarbeitet.

Freitag, 19. Dezember
21.00 Uhr, NDR III

Drei Schwesern. Der russische Dramatiker Anton Tschechow zählt zu den Meistern des kritischen bürgerlichen Realismus. Sein Stück „Drei Schwesern“ wird in einer Inszenierung des Deutschen Schauspielhauses Hamburg gezeigt. Mit Marlen Diekhoff, Hildegard Schmahl und Angelika Thomas.

Unternehmerrisiko

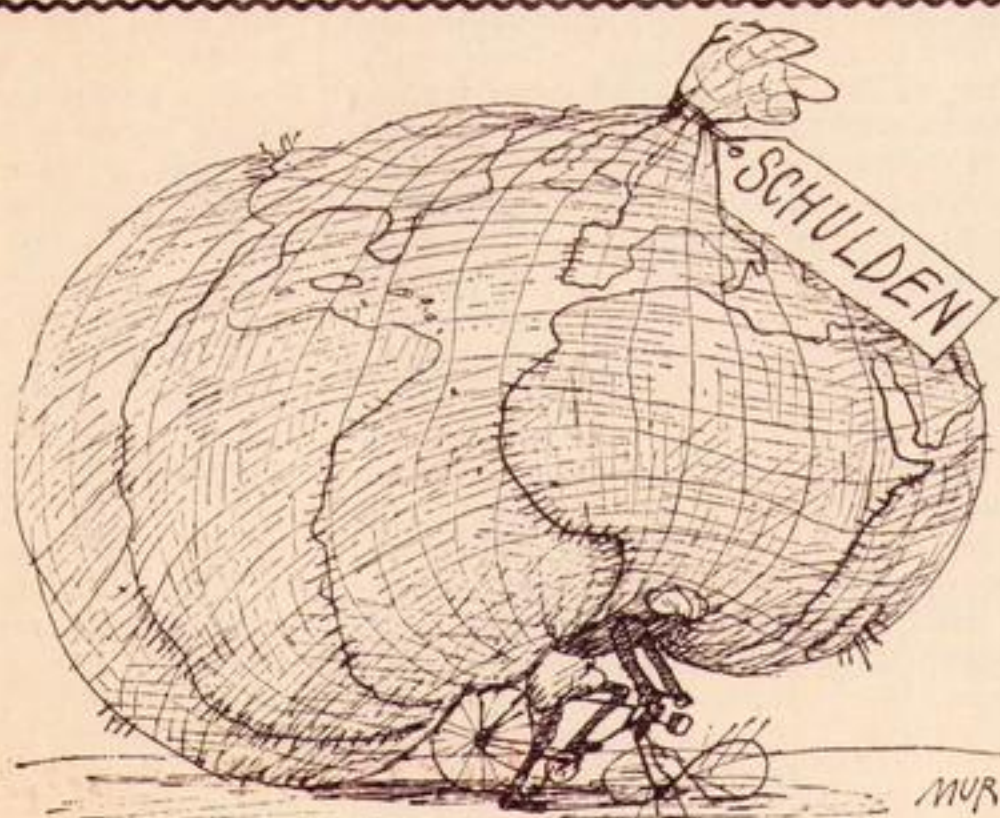
Den Kapitalisten geht es in unserem Land ja bekanntlich am dreckigsten. Müssen sie doch auf ihren schwachen Schultern das berühmte Unternehmerrisiko tragen. Besonders arm dran ist da der Siemens-Konzern.

Seine Tochtergesellschaft KWU war in früheren, goldenen Zeiten mit dem Schah gut ins Geschäft gekommen. Man wollte auch den Iran mit den Segnungen der Kernenergie beglücken. Ein AKW wurde in Busher geplant und gebaut. Doch dann kam die Revolution. Der Schah wurde verjagt und das von ihm bestellte Kernkraftwerk wollte niemand mehr haben. So mußte also Siemens einen Teil der erhofften Gewinne aus diesem Geschäft in den Schornstein schreiben?

Nun, ganz so ernst ist es natürlich nicht mit dem Unterneh-

merrisiko. Denn bei Auslandsgeschäften gibt es ja die schöne Einrichtung der Bundesbürgschaften. Das bedeutet: Bleibt — wie jetzt im Fall des Irans — der Profit aus, springt die Bundesregierung ein und ersetzt die Verluste aus dem großen Topf, der aus unseren Steuergeldern gebildet wird. Die KWU konnte daraus in diesem Jahr schon 100 Millionen Mark kassieren. Und mit dieser Summe muß sich der Siemens-Konzern nun keineswegs zufriedengeben. Die 100 Millionen sind vielmehr nur die erste Rate.

Und kassieren werden auch andere Konzerne, denen im Iran Verluste drohen. Mit sage und schreibe sieben Milliarden Mark hat der Bund Iran-Geschäfte verbürgt. Da werden wir also in Zukunft noch kräftig für das „Unternehmerrisiko“ zahlen müssen.



Dritte Welt

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 85.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 25, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Goldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-16.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Eisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7000 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „LinksKultur“, Goethestraße 25 b (Nahe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 13-15 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

4000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesesalon „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Fr 17-18.30 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi., Fr. 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 07141/23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.